

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Dattler u. Verwaltung: Drag II, Arzbauhof 18 • Teleph. 20793, 31409, Nachdruck (ab 21 Uhr): 33858 • Postfachamt: 57544

13. Jahrgang.

Donnerstag, 9. November 1933

Nr. 262.

Rede Dr. Czechs in Brünn

Kampf dem Fascismus!

Schutz der Demokratie, Bekämpfung des Wirtschaftselends! / Das Bündnis mit den tschechischen Genossen / Appell an die Vertrauensmänner und an die Jugend

Unser Parteivorsitzender Genosse Dr. Czech hielt Sonntag auf dem Kreisparteitag in Brünn ein Referat, dem wir folgenden entnehmen:

Die internationale Politik steht vor einer schicksalsschweren Wendung. Seit dem Weltkriege war in Europa nie so viel Konfliktstoff aufgehäuft, hat es nie so ernste internationale Spannungen gegeben, als gerade in diesem Augenblicke.

Was wir jetzt durchleben, erinnert in vieler Hinsicht an die kritischen Tage des Jahres 1914.

Wie damals, unlängst die Welt auch jetzt ernste Gefahren. Die unter so großen Opfern unter Mitarbeit des internationalen sozialistischen Proletariats angebahnte friedliche Entwicklung wurde jäh unterbrochen. Nach einer langen Reihe von Jahren ist jetzt wieder die Stunde gekommen, die die größte Wachsamkeit und Bereitschaft der Arbeiterklasse erfordert.

Es wäre natürlich verfehlt, anzunehmen, daß wir unmittelbar vor einer kriegerischen Vermittlung stehen. So weit sind die Dinge im internationalen Maßstabe noch nicht gediehen und darum liegt augenblicklich zu irgendeinem panischen Stimmungeln kein Anlaß vor. Trotzdem dürfen wir in keinem Augenblicke aufgerichtet lassen, daß wir auf einem in hohem Maße vulkanisierten Boden leben und daß

der kleinste Rindstoss genügt, um an gewissen Punkten Eruptionen herbeizuführen, deren Ausgange sich absolut nicht voraussehen läßt.

Daß es nach dem Weltkriege, nach dieser fürchterlichen Tragödie, deren erschütternde Bilder auch heute noch unauflöslich in unserer Erinnerung fortwirken, zu einer neuen und so schweren Bedrohung des Weltfriedens kommen konnte, das ist

das Werk des Fascismus, dessen Umsichgreifen und Erstarren den größten

Teil Mitteleuropas in einen gefährlichen Brandherd verwandelte und mit einem Schlage die Aufbauarbeit von 1 1/2 Jahrzehnten zerstörte.

Der Redner besprach sodann die Wandlung, die sich in der europäischen Politik im Anschluß an den Sieg des deutschen Fascismus und den Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund und aus der Abrüstungskonferenz vollzog und erörterte auch die außenpolitischen Auswirkungen dieses Schrittes. Er besprach sich in ausführlicher Weise mit der Situation Oesterreichs, das einen der Brennpunkte der internationalen Politik bildet und unterzog die Kämpfe, die sich jetzt auf österreichischem Boden abspielen, einer sehr eingehenden Analyse, wobei er die Gefahren aufzeigte, die eine weitere Zuspitzung dieser Kämpfe nach sich ziehen könnte.

Grüße an das Proletariat in Oesterreich und Deutschland

Kamens der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterklasse des Landes entbot er den österreichischen Genossen die herzlichsten Grüsse und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die herrliche Arbeit, die sie durch viele Jahrzehnte im Dienste des Sozialismus geleistet haben, sich gerade in den jetzigen schweren Stunden der österreichischen Arbeiterklasse voll auswirken und ihr ermöglichen werde, den Sieg an ihre Fahnen zu haften.

Der Redner gedachte auch des schweren Kampfes des reichsdeutschen Proletariats, das er gleichfalls der herzlichsten Sympathien versicherte.

Zum Schluß seiner außenpolitischen Betrachtungen zeigte der Redner auf, daß für die internationale Politik aus der jetzigen gefährlichen Situation eine Fülle von Problemen erwächst, die sich ganz automatisch aus den Friedensverträgen ergeben und die vielleicht schon in der aller nächsten Zeit die größte Aktualität haben werden. Die Arbeiterklasse muß, wenn sie sich durch die Ereignisse nicht überlassen und überrennen lassen will, diese Probleme mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und sich für alle Situationen rüsten und bereithalten.

Der Fascismus in der Tschechoslowakei

Aber auch innerpolitisch ist das fascistische Problem von ganz außerordentlicher Bedeutung für die Arbeiterklasse. Der schwere Krisennotstand, der sich nun durch viele Jahre hinzieht und die Lage der Arbeiterklasse mit jedem Tage schwieriger gestaltet, der nahezu jedes Heim in seinen Bann zieht und an den Lebensnerv hunderttausender arbeitsfreudiger Menschen greift, aber auch die Ungelöstheit gewisser staatlicher Probleme, besonders aber die Zerissenheit der Arbeiterklasse, bilden den eigentlichen Nährboden des Fascismus, dessen Wachstum und Aufstieg in allen Ländern mit dem Anwachsen des Wirtschaftselends gleichen Schritt hält. Für die dem Elende preisgegebenen Schichten, welche verzweifelt nach einem Auswege suchen, besonders aber für die deklassierten Elemente des Mittelstandes besitzt er eine ungeheure, vielfach gerademagnetische Anziehungskraft, da er ihnen die soziale Erneuerung verspricht, die schnellste Eroberung der Macht verspricht und durch die Verbindung der Legalität mit Gewaltmitteln bei den Massen, besonders bei der Jugend, ganz außerordentliche psychologische Auswirkungen erzielt. Nur so konnte er jene Psychose anlösen, der heute Millionen Menschen verfallen sind, die nun

ordnung nicht zu meistern und schon gar nicht zu bannen vermag, aber angesichts der Massenverblendung löst auch diese Tatsache keine Ernüchterung aus, denn er versteht es, sich äußerlich in der ideologischen Hülle des Kampfes gegen den Kommunismus und Marxismus, dem das vollständige Verlagen des Kapitalismus angelastet wird, zu verbergen und die Tatsache zu verschleiern, daß er in Wirklichkeit ausschließlich im Dienste des Kapitalismus und der kapitalistischen Bourgeoisie steht und seinen ganzen Kampf auf die Niederdrückung des Sozialismus und der Arbeiterklasse gestellt hat. Deutlich sehen wir es an den Fronten, die sich bei der Auseinandersetzung zwischen Fascismus und Sozialismus gebildet haben, an den Schützengräben, die in diesem Kampfe aufgeschüttet sind, wer im Lager des Fascismus und wer in den Kampfzeilen des Sozialismus steht und daß die vom Fascismus geprägte Parole: „Kampf des Fascismus gegen den Marxismus“ in Wirklichkeit zum Kampf der kapitalistischen Bourgeoisie gegen die sozialistische Arbeiterklasse aufruft.

Der Fascismus in den Randgebieten

In den Randgebieten unseres Staates hat die Auseinandersetzung zwischen Fascismus und der Arbeiterklasse besonders bedrohliche Formen angenommen. Der Sieg des Fascismus im benachbarten Deutschland hat viele Zehntausende von deutschen Menschen förmlich herausgerissen und dem Wahne verfallen lassen, daß der Nationalsozialismus ins deutsche Gebiet einmarschieren, dort die

Dakenkreuzfahnen aufpflanzen und ihnen das Heil bringen werde. Zwischen den Nationalsozialisten dieserseits und jenseits unserer Grenze wurden eine regelrechte Verbindung hergestellt und Kampfaktionen organisiert, deren ausschließliches Angriffsobjekt die sozialdemokratischen Arbeiter bildeten. Nationalsozialistische Unternehmer haben sozialistische Arbeiter von den Arbeitsplätzen vertrieben und sie ausschließlich Nazilisten vorbehalten. Auf dem Gebiet der Selbstverwaltung haben an zahlreichen Punkten die gleichen Tendenzen eingesetzt. Ein großer Teil der öffentlichen Angestellten ist schurkstrals in das nationalsozialistische Lager hinübergeschwenkt, wobei er sich die Einstellung der gesamten, auch nicht fascistisch orientierten bürgerlichen Parteien zunutze machte, die glaubten, daß es vollkommen genüge, einen „Leutnant und drei Serganten“ loszulassen, um die sozialistischen Vertrauensmänner auf die Knie zu zwingen und abzunutzen zu können. Begünstigt wurden diese antimarxistischen Treiben durch den

Kampfschwärme nationalsozialistischer tschechischer Parteien gegen die deutsche Sozialdemokratie

der man jetzt endlich den Garaus machen zu können hoffte, vor allem aber durch

Die Verblendung der kommunistischen Partei,

die, von allen Göttern verlassen, aus dem Unheil, das sie in Italien, Ungarn und Deutschland angerichtet hatte, noch immer nicht die richtige Lehre zog und jetzt wieder den Augenblick für gekommen erachtete, der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe mit den Dakenkreuzern in den Rücken zu fallen und so dem Fascismus wieder einmal Schützenhilfe zu leisten.

Dieser Situation gegenüber mußte rasch und resolut zugegriffen werden. Schon die ersten gegen die Dakenkreuzerei getroffenen Abwehrmaßnahmen brachten in gewissen Schichten eine gewisse Ernüchterung, aber sie genügt absolut nicht. Die heillose Verwirrung, die das Treiben der Dakenkreuzer in den Köpfen vieler zehntausender verblendeter und ins Unglück gestürzter Menschen gerichtet hatte,

entwickelte sich zu einer wahren Tragödie, deren Opfer große Teile der sudetendeutschen Bevölkerung geworden sind.

Diese Tragödie so rasch als möglich zu liquidieren, war das Gebot der Stunde. Es war dies um so notwendiger, als die ganze nationalsozialistische Partei in allen ihren Gliederungen, ohne erst das staatliche Eingreifen abzuwarten, sich für den „Freitod“ entschieden und ihn auch prompt vollstreckt hatte. Eine Partei, die sich vorher gerühmt hatte, die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung auf ihrer Seite zu haben, ist aus der Geschichte des sudetendeutschen Volkes ausgeschieden und lebt nur noch in den Klüften der zahllosen von ihr ins Unglück gestürzten und im Stiche gelassenen Menschen fort.

Die Niederwerfung des sudetendeutschen Fascismus

erforderte nicht nur den resoluten Zugriff der sozialistischen Arbeiterklasse, die sich wie ein Mann gegen ihn erhob, sondern auch eine ganze Reihe legislativer und administrativer Maßnahmen, die in das vom Parlament beschlossene Parteiengesetz mündeten. Wir haben für dieses Gesetz votiert, nicht ohne uns vorher die Frage vorgelegt zu haben, ob dieses Votum mit unseren Parteigrundlagen, mit unseren jahrzehntelangen Traditionen und mit unserer ganzen Vergangenheit in Einklang gebracht werden könne. Wir selbst haben uns die Frage vorgelegt, ob wir uns mit diesem Vorgehen nicht auf eine schiefe Ebene begeben, auf der es kein Halten mehr gibt. Wir selbst haben die Frage geprüft, ob sich alle diese

(Fortsetzung auf Seite 2.)

9. XI. 18

15 Jahre nach dem Zusammenbruch Deutschlands

Von Hans Rheinlaender

Der deutsche Reichskanzler Hitler hat wiederholt versichert, er und seine engeren Freunde seien Ehrenmänner, die man nicht mit den besoldeten Landesverrätern vom November 1918 vergleichen könne. Bei einer früheren Gelegenheit hatte er gesagt, daß die „Verbrecher von 1918“ einen wohlgeordneten Staat übernommen hätten, den sie dann in 15 Jahren zu Grunde richteten, während seine Regierung das Reich im Februar d. J. in einem so erbärmlichen Zustand hätte übernehmen müssen, wie er schimmer gar nicht gedacht werden könne.

Es wäre geschmacklos, die ausnahmslos moralisch defekten Menschen aus der Umgebung Hitlers mit den Männern vom 9. November 1918 zu vergleichen.

Lassen wir einmal Tatsachen sprechen. Sechs Wochen vor dem 9. November, hatte Herr von Hindenburg von der Reichsregierung verlangt, daß sie sofort bei dem amerikanischen Präsidenten Wilson um Waffenstillstand und Frieden bitten möge, denn 48 Stunden könne die Arme nicht mehr warten! Wilson erklärte sich bereit, die erforderlichen Schritte zu tun, wenn vorher dem deutschen Volke demokratische Rechte auf die Dauer gesichert würden. Das alles wurde mit Zustimmung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg feierlich zugesagt. In der Zeit von Ende September bis zum 9. November zermürbte nicht nur das Heer unter dem Eindruck der Friedensbitten des Vorkämpfers, sondern auch das hungernde und frierende Volk, sowie die gesamte Verwaltungsmaschinerie. Die sogenannte Kaiserfrage, deren Lösung Präsident Wilson auch klar genug gefordert hatte, brachte die Entscheidung. Scheidemann, der erste Ministerpräsident der Republik, und Prinz Max von Baden, der letzte kaiserliche Kanzler, schildern das alles in ihren Erinnerungswerken. Scheidemann beschreibt in seinen Memoiren, den Verlauf des 9. November 1918 sehr anschaulich. Da er auch den authentischen Wortlaut der Rede mitteilt, durch die er die Republik ausrief, so folgen wir ihm hier. Er schildert, wie er von Soldaten und Arbeitern am Mittag des 9. November aus dem Reichstag herausgeholt und zum Reden vor den Massen aufgefordert wurde. Er weigerte sich zunächst, weil es sich jetzt mehr um Arbeit, als um Reden handle. Man bestürmte ihn aber immer heftiger und machte ihn darauf aufmerksam, daß der Kommunist Karl Liebknecht bereits vom Schloßbalkon aus rede und zweifellos mit der Ausrufung des Bolschewismus schließen werde. Nun wollten wir Scheidemann selbst nach seinen Memoiren zitieren:

„Liebknecht will die Sowjetrepublik ausrufen“, nun sah ich den russischen Wahnsinn vor mir, die Ablösung der zaristischen Zarenherrschaft durch die bolschewistische. „Nein!“, „Nein!“, „Nein!“, nur nicht auch das noch in Deutschland nach all dem anderen Elend! Der Redner stieg dann in ein Fenster und sagte u. a. zu den Massen: „Der unglückselige Krieg ist zu Ende. Das Wort ist vorbei. Die Folgen des Krieges, Not und Elend, werden noch viele Jahre lang auf uns lasten. Der Kaiser hat abgedankt. Die wirklichen „inneren Feinde“, die dem Volke bis auf den heutigen Tag die Rechtsgleichheit verweigerten, die Deutschlands Zusammenbruch verschuldet haben, weil sie den Krieg nicht beendeten wollten, bevor außer Belgien auch noch Nordfrankreich definitiv erobert worden sei — sie alle sind still und unsichtbar geworden. Der Prinz Max von Baden hat sein Kanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. Die neue Regierung, die sich aus Sozialdemokraten zusammensetzen soll, dürfe nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden, in ihrer Sorge um Brot und Arbeit. Nichts darf ge-

sehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehr gereicht. Die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!"

Nach dieser Rede setzten sich die Arbeiter und Soldaten in Bewegung, dem Schlosse zu. Die dort versammelten Massen, die bis dahin Liebkecht zugehört hatten, schlossen sich ihnen an. „Die bolschewistische Welle war gebrochen.“ — Es steht also fest, daß neben der Demokratie und der Sicherung einer sozialistischen Regierung, die Fernhaltung des Bolschewismus eine der Hauptleistungen der Sozialdemokratie am 9. November 1918 gewesen ist. Ein wesentliches Verdienst der Männer um Ebert und Scheidemann war auch die Rettung des Reichs vor seinem Zerfall, bekanntlich einem Ziel der besonders von Frankreich aus beförderten Separatisten Bayerns und des Rheinlands, die jetzt zumeist hinter Hitler herlaufen. Das Geheiß Hitlers, über seinen Sieg über den Bolschewismus ist also auch bewußte Unwahrhaftigkeit.

Wie sahen der wohlgeordnete Staat und die Macht aus, die nach dem Stillerischen Geheiß die Sozialdemokraten 1918 übernommen haben? Der „wohlgeordnete“ Staat war ein Bankrott und die „Macht“ war eine vollkommene Ohnmacht. Was das deutsche Volk damals als Broterwerb gesehen hat, wissen allein Gott und die gewissenlosesten Schieber! Hungernd und frierend, Papierhänden am Leib und kein Schuhwerk an den Füßen, so lief das arme Volk einher in diesem wohlgeordneten Staat, der fünfzig Monate lang sein Hab und Gut buchstäblich in die Luft geschossen hatte. Und immer noch kein Waffenstillstand, immer noch kein Frieden, aber die drohende Invasion vor Augen!

Und was taten die Männer der ersten und einzigen sozialistischen Regierung schon am ersten Tage nach der Übernahme der „Macht“? Sie hoben den Belagerungszustand, also die Rechtslosigkeit des Volkes auf und gaben allen Männern und Frauen, Juden und Christen, Rechtsgleichheit und Religionsfreiheit. Alle sozialpolitischen Schutzbestimmungen wurden wieder in Kraft gesetzt, eine Erwerbslosenunterstützung wurde angekündigt, ebenso der Achtstundentag, um der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Die Regierung, so wurde verkündet, werde das Eigentum, sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. Um das ganze Volk über alles Zukünftige selbst entscheiden zu lassen, beriefen diese „befehlenden Landesverwalter“ sofort eine Nationalversammlung ein.

So handelten die Novemberverbrecher — darunter verstehen die Nazi „Marxisten, Juden, Freimaurer, Jesuiten“, aber auch Männer, wie den Prinzen Max v. Baden — im November 1918 und was beschreiben die Hitler, Goering und Konforten dem deutschen Volke? Sie zerstückelten alle Volksrechte und zertrümmerten jede Rechtsgleichheit. Zehntausende wurden aus ihrer Existenz verjagt, weil sie Juden, Marxisten oder Freimaurer waren. Aus denselben Gründen wurden andere Zehntausende in das Exil oder die Konzentrationslager getrieben. Viele andere Tausende sahen

in Gefängnissen und Zuchthäusern. Die Zahl der Ermordeten ist nicht annähernd festzustellen. Immer mehr der Freiheit beraubte Männer verschwinden für immer oder werden „auf der Flucht erschossen“. Gelehrte von Weltruf und Künstler, die nicht rechtzeitig fliehen konnten, schaukeln in den Konzentrationslagern. Schriftsteller ersten Ranges wurden auf die Hungerlisten gesetzt, ihre Bücher verbrannte man. Im Innern Deutschlands herrscht Hunger und Not trotz überfüllter Käden, Bankrott und Chaos, Bettelerei, Spielei und erbärmliches Demunziantentum wohin man blickt. Außenpolitisch haben sie die vollkommene Isolierung Deutschlands herbeigeführt.

Genosse Dr. Czech: Kampf dem Fascismus!

(Fortsetzung von Seite 1.)

Mahnahmen nicht schließlich auch gegen die Arbeiterklasse führen können und ob wir nicht den Weg der reichsdeutschen und österreichischen Diktatur gehen, die durch ihre No verordnungen und außerordentlichen Mahnahmen so viel Unheil für die Arbeiterklasse angerichtet haben.

Der Unterschied

liegt aber auf der Hand. Ich sehe ganz davon ab, daß alle unsere legislativischen und administrativen Mahnahmen die volle Deckung der Nationalversammlung haben, die sie in allen Einzelheiten beschlossen hat. Ich abstrahiere davon, daß alle diese Mahnahmen in ihrem Wesen ausschließlich dem Schutz der bestehenden Verfassung, der Demokratie und ihrer demokratischen Einrichtungen dienen soll, während die reichsdeutschen und österreichischen Mahnahmen die bestehende Verfassung einfach weglegen sollten. Dazu kommt aber als entscheidender Moment, daß die außerordentlichen Mahnahmen in unserer Verfassung in die Hand einer Regierung gelegt sind, an welcher die Arbeiterklasse durch drei sozialistische Parteien vertreten ist.

Doch alle diese Feststellungen und Argumente betreffen lediglich die formale Seite der Frage. In der Sache selbst aber stehen unsere Entscheidungen durchaus auf dem Boden unserer Parteigrundlage. Denn in unseren programmatischen Grundlagen ist auch für solche außerordentlichen Situationen, wie es die gegenwärtige ist, in vollem Maße vorgesehen. In der Prinzipienklärung, die wir auf dem konstituierenden Teplitzer Parteitag im Jahre 1919 beschlossen haben, ist, also bereits vor einhalb Jahrzehnten, haben wir in klarer Voraussicht der kommenden Entwicklung ausgesprochen, daß wir es als unsere Aufgabe betrachten, die politische Macht auf demokratischem Wege und mit Hilfe von demokratischen Mitteln und Methoden zu erobern, daß wir aber fest entschlossen sind, falls seitens der kapitalistischen Bourgeoisie der friedlichen Hinüberleitung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische oder etwa der bloßen Ausgestaltung der Demokratie Gewalt entgegen gesetzt werden sollte, den Angreifern gegenüber von den gleichen Mitteln Gebrauch zu machen. Diese Situation war in diesem Falle gegeben.

Die deutsche sozialistische Arbeiterklasse stand einem konzentrischen Angriff des Fascismus gegenüber und hätte sich selbst aufgegeben, wenn sie sich diesem konzentrischen Angriff nicht mit allen Mitteln entgegen geworfen hätte. Darum stürzte sie sich beherzt in den Kampf und

So haben die Nationalsozialisten das arme Volk binnen weniger Monate heruntergewirtschaftet. Eines haben sie freilich fertig gebracht: die Hälfte des deutschen Volkes steck in Uniformen, Männer, Frauen und Kinder. Dazu in großer Zahl Feste, die Millionen über Millionen verschlingen.

Wie lange noch soll diese Vergewaltigung eines Kulturvolkes dauern? Bis das Klassenbewußte Proletariat der ganzen Welt die Gefahr, die ihm droht, erkennt. Solange noch Millionen der Parole folgen, „daß die Sozialdemokratie der Hauptfeind“ sei, solange wird der Fascismus triumphieren.

Proletariat aller Länder vereinigt Euch!

Vergleichen die CSR mit den Nachbarländern!

Es genügt ein Blick in die Nachbarländer, um zu erkennen, was die Arbeiterklasse hier zu verlieren hätte. Wohl weiß sie, daß die Demokratie, um deren Erhaltung sie hier kämpft, bloß die „bürgerliche Demokratie“ ist und daß ihr der soziale Inhalt vorläufig noch fehlt. Aber auch die bürgerliche Demokratie ist für sie ein Boden, auf dem sie a men und leben und arbeiten und kämpfen kann, auf dem sie die Freiheit des Wortes und der Presse besitzt, auf dem sie für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse kämpfen und dem Sozialismus den Weg bereiten kann. Auf dem fascistischen Boden aber wird jedes Leben, jedes freie Atmen mit brachialer Gewalt erstickt. Wenden Sie in die großen Länder der Diktatur, die durchwegs auf der Totalitätsidee aufgebaut sind, überall nur eine einzige Meinung, eine einzige Gesinnung! Überall wurde alles, was nicht gleichgerichtet ist, in Gefängnisse und in Konzentrationslager gesteckt oder wie in Rußland auf die Solowechy-Inseln verbannt. Muß nicht das Wort Bucharins an Vandervelde, daß es in Rußland nur eine einzige Partei gebe und geben könne und daß der Platz aller anderen im Gefängnisse sei, auch dem lehlen verblendeten Arbeiter die Augen öffnen?

Ein solches Schicksal wollen wir unserer Arbeiterklasse nicht bereiten, sondern mit dem Aufgebot unserer ganzen Kraft für den Staat und seine demokratischen Grundlagen kämpfen, wobei wir es als unsere historische Aufgabe betrachten, daraus hinzuwirken, daß in die bestehende demokratische Hülle ein sozialer Inhalt gegossen werde.

Der Sinn unserer Regierungsbeteiligung

Genossen! In den ersten Tagen des kommenden Monats werden es vier Jahre sein, seitdem wir in die Regierung eingetreten sind. Wir waren uns seit der ersten Stunde unserer Wirksamkeit in der Regierung dessen bewußt, daß wir durch unseren Regierungseintritt noch lange nicht

an die Macht gelangt sind. Zur Innehabung der Macht gehört nicht nur starker politischer Einfluß, sondern auch eine geistige wirtschaftliche Machtposition. Erst wenn es unserer Demokratie gelungen wird, sich auch wirtschaftlich und sozial fest zu verankern, werden wir in der Lage sein, das kapitalistische Wirtschaftssystem in ein sozialistisches zu überführen und der Arbeiterklasse die ganze Macht zu sichern. Aber auch die kapitalistische Bourgeoisie, deren Verlogen bei Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse der ganzen Welt offenkundig geworden ist, vermag auch ihrerseits nicht, die Macht allein für sich in Anspruch zu nehmen, da auch sie nicht stark genug ist. Also muß sie mit dem Sozialismus die Macht teilen. Schon daraus ergibt sich, daß die Vertreter der Arbeiterklasse in der Koalition, mögen sie numerisch noch so stark sein, heute nicht die Macht haben, die Dinge vollständig im Sinne der Arbeiterklasse zu wandeln, sowie an der Tatsache, daß sich der Sozialismus trotz der Regierungsteilnahme und der Regierungsexponenten in der Defensive befindet, augenblicklich etwas zu ändern. Man bedenke doch, daß die Wirtschaftskrise, die nun vier Jahre dauert und so ungeborene Ausmaße angenommen hat, die Arbeiterklasse ganz außerordentlich geschwächt und ihre Kampfsfähigkeit in schwerster Weise beeinträchtigt hat. Das ist es ja, was die große Katastrophe der deutschen Arbeiterklasse herbeigeführt hat und auch den Kampf des österreichischen Proletariats so erschwert. Dazu kommt aber auch noch, daß sich die reichsdeutsche Katastrophe auch in unserem Lande in schwerster Weise gegen das sozialistische Proletariat ausgewirkt hat. Sie hat das Selbstbewußtsein und die Wegegerechtigkeit der kapitalistischen Bourgeoisie gestärkt und bei ihr die Meinung aufgenommen lassen, daß sie nur ein wenig Wind zu machen brauche, um die sozialistische Arbeiterkraft in die Kluft zu jagen und ihre Organisationen aufzulösen zu lassen.

Aber schon der Kampfsgeist, den unsere Partei gerade unter dem Eindruck der reichsdeutschen Ereignisse entwickelt und in sehr reichem Maße beläuft hat, hat unsere Bourgeoisie eines Besseren belehrt. Auch die gewaltigen Siege der Sozialisten in Dänemark, Schweden und Norwegen, in Finnland und England und in der Schweiz dürften dem Bürgertum, das den zum hundertsten Male folglosen Marxismus einfach wegwischen zu können glaubte, ein wenig den Kopf zurecht gesetzt und in ihre Reihen eine gewisse Ernüchterung gebracht haben.

Heraus aus dem wirtschaftlichen Elend!

Doch das wichtigste ist und bleibt dabei, daß dem Fascismus so rasch als möglich der Nährboden entzogen wird. Deshalb müssen wir alle unsere Kraft draufsetzen, so rasch als möglich zu einer wirtschaftlichen Besserung zu gelangen. Das eine volle Wiedererrichtung der Weltwirtschaft, eine volle Krisenlösung im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ganz unmöglich ist, muß wohl nicht erst neuerlich auseinandergesetzt werden. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß der Zusammenbruch der internationalen Weltwirtschaftskonferenz die Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung der Weltwirtschaft sehr herabgedrückt, jedenfalls aber in weite Ferne gerückt hat. Wir wissen weiter, daß das Zusammenfallen der Industriekrise mit der Agrarkrise den wirtschaftlichen Wiederaufbau außerordentlich erschwert. Es ist auch durchaus geläufig, daß die Erhöhung der Kreditverhältnisse, die Verschlechterung der Staatsfinanzen ein hemmender Faktor für eine baldige wirtschaft-

Der Puppenspieler

Roman von Felix Fechenbach

„Braucht bloß mitgehn, dann sagt kein Mensch etwas zu dir.“
„Also, gut! Nehn wir los!“ Einen Schiffer wollte Hans sich nicht nennen lassen.
Und so war es gekommen, daß an diesem Nachmittage die ganze Wase abgezogen war und die Mädels das Feld allein beherrschten. Friß Schmitt glaubte deshalb, ungestrahlt seinen Schahernack mit ihnen treiben zu können. Als dann Gress den Ball einmal nicht auffing, sprang Friß schnell zu, nahm den Ball und rannte damit davon. Es war Gress' schönster Ball. Den sie zum Geburtstag von der Mutter bekommen hatte.
Friß stellte sich breitbeinig mitten in die Straße und rief der Bäckermeistersochter einen derben Spottvers zu:
„Drunten in der Kärrnergäß
Da wohnt der Al' ansbäck,
Der hängt sein Arsch zum Fenster raus
Und schreit, es wär e West!“
Gress kannte, daß ihr ganzes Gesicht in Tränen gebadet war, und Lene hatte zu tun, sie zu trösten.
Abends kamen die Buben wieder. Sie waren vom Feldwäler erwisch worden, der mit seinem Vopelgetweh Schreckdäse abgeben hatte. Sie mußten alle schleunigst ausreisen, weil sie nicht Lust hatten, namentlich festgestellt zu werden. Das hätte nämlich in der Schule ein sehr unangenehmes Nachspiel haben können.
Beim Davonlaufen war Franz Hein gestolpert und hingefallen. Dabei hatte er die ganzen Kirchen gerquetscht, die in seiner, mit einem

Gummizug um den Leib zusammengehaltenen Bluse verstaub waren. Die Bluse sah böß aus, und Franz schlich sich heimlich ins Haus, um nicht gesehen zu werden. Er hatte aber Pech, und lief seinem Vater in die Hände. Nach einem kurzen Fragen und Antworten nahm Vater Hein unter Zuhilfenahme eines Rohrstopfs eine gründliche Reinigung von Franzens Bluse vor, vergaß aber, vorher Franz aus der Bluse zu nehmen.
Gress hat die ganze Kirchengeschichte ihres Bruders am andern Tag dem Hans erzählt, der sich erkundigte, ob Franz ungerührt davongekommen wäre. Bei dieser Gelegenheit erzählte er auch die Sache mit dem gestohlenen Ball.
„Was, der Friß Schmitt wars? Der mit den roten Haaren?“
„Ja, Hans, und den gemeinen und frechen Schimpfvers auf meinen Vater hat er mir auch wieder zugerufen, und dann is er mit meinem Ball davongelaufen.“
Und schon war Gress wieder am Weinen.
„No, da brauchst doch nit gleich klennen. Deinen Ball kriegst wieder. Da sorg ich schon dafür. Auf Ehr und Zeligkeit!“
Eine Stunde später hatte Hans seine ganze Wase beisammen und hielt Kriegsrat. Josef Berger wurde bestimmt, als Parlamentär hinüber zum Pleicher Kirchplatz zu gehen und die bedingungslose Rückgabe des gestohlenen Balles zu verlangen.
Josef zottelte los, kam aber schon nach zehn Minuten wieder, ohne Ball, aber mit einem Bündel voll Hiebe. Der rote Friß war mit noch zwei anderen Buben über Josef hergefallen. Sie hatten ihn ganz fürchterlich vermobelt.
Jetzt war ungewiss, was der „Kriegsfall“ gegeben. Es bedurfte keiner langen Beratung mehr. Hans teilte seine Kärrnergäßler in zwei Haufen, den einen führte er selbst, den zweiten übergab er Franz. Dann entwickelte er seinen Kriegsplan:
„Also, der rote Schmitt hat seine Gatt jetzt sicher schon zusammengeholt. Du, Franz, gehst mit zwölz von uns den Verbindungsweg da raus zum Pleicher Kirchplatz und tuft so, wie wenn ihr angreifen wolltet, aber ihr dürft nit auf den Kirchplatz raus. Der rote Friß muß mit seiner Gatt näher zu euch, dann zieht ihr euch ein kleines Stück zurück. Derweil geh ich mit meinem Haufen über die Juliuspromenade und komm von der anderen Seite auf den Kirchplatz. Dann haben wir sie zwischen uns! Also, jetzt is fünf Uhr. Wir brauchen zu dem Umgehungsweg eine Viertelstunde. Genau um fünf Uhr fünfzehn mußst du am Kirchplatz sein. Das andere mach ich dann!“
„Merch!“ ruft Josef, „an dir is ein General verloren gungen! Ich geh mit dir, Hans. Dem Noten will ichs heimzahlen!“
Dann trennten sich die zwei Haufen, und pünktlich, wie vereinbart, erschien Franz mit seinem Haufen am Eingang zum Kirchplatz. Der rote Friß stand mitten auf dem Platz unter seiner Echar und redete heftig gestikulierend auf sie ein. An den verschiedenen Gassen, die zum Platz führten, waren Posten aufgestellt. Der eine, der Franz und seinen Haufen hatte kommen sehen, war schnell nach der Platzmitte gerannt und hatte alarmiert:
„Friß, die Kärrnergäßler kommen!“
Darauf rückte alles Franz entgegen, und die Posten von den übrigen Zugängen zum Platz rannten auch her. Der rote Friß war ganz vorne. Bis auf zehn Schritte kam er an Franz ran und stellte sich breitbeinig hin:
„Ihr Schiffer, ihr traut euch wohl nit? Kommt doch her, wenn ihr was wollt!“
Aber Franz ließ sich durch diese Herausforderung nicht von seinem mit Hans vereinbarten Kriegsplan abbringen, sondern zog sich mit seinem Haufen ein paar Schritte zurück und rief dem roten Friß zu:

„Ihr habt grad so weit zu uns, wie wir zu euch! Kommt doch her, wenn ihr Kurage habt!“
So ging das gegen'eitige Herausfordern noch eine Weile hin und her. Das war nicht besonders Auffälliges, weil dieser Maulkampf unerlässlich war als Einleitung zu jeder handgreiflichen Auseinandersetzung, ähnlich wie bei den klassischen Helden des alten Griechenlands.
Jetzt hörte Franz von der anderen Seite des Platzes einen gelenden Pfiff. Das war das Zeichen. Hans war den anderen im Rücken.
Im nächsten Augenblick gerieten Franz und der rote Friß aneinander und bagelten sich. Die anderen Buben stürzten ebenfalls vor, und im Nu war eine allgemeine Keilerei im Gang. Inzwischen stürmte Hans mit seinem Haufen wie die wilde Jagd über den Platz, und der rote Friß mit seiner Echar kam arg ins Gedränge, denn jetzt gabs ungebrannte Asche von zwei Seiten.
Josef und Hans drängten sich an den roten Friß, worauf Franz ihn sofort den beiden überließ. In wenigen Minuten waren die vom Pleicher Kirchplatz in die Flucht geschlagen. Den roten Friß, dem Josef die Keile, die er vorher bekommen hatte, gewissenhaft zurückerstattet hatten, haben die Kärrnergäßler festgehalten. Hans verlannte jetzt den gestohlenen Ball:
„Den hab ich nit bei mir“, sagte er trotzig. „Wo hast ihn?“ inquiriert Hans weiter.
„Dort bei der Baustelle is er verreckt.“
„Marisch, hol ihn gleich her!“
Die ganze Korona ging nun zum Bauzaun, und Friß holte den gestohlenen Ball aus seinem Versteck. Ehe ihn aber Hans noch fassen konnte, hatte Friß mit einem Taschenmesser einen raschen Schnitt getan, und Gress' Ball war futsch. Der rote Friß gab Herfensgeld.
„Laßt ihn laufen!“ entschied Hans. „Wir kriegen ihn ein andermal.“

(Fortsetzung folgt.)

liche Besserung ist. Nichtsdestoweniger müssen wir unermüdet bemüht sein, einen Ausweg aus dem wirtschaftlichen Elend zu finden und die schwere Wirtschaftskrise der arbeitenden Schichten so rasch und so weitgehend als möglich zu lindern. Darum haben wir vor allem die größten Anstrengungen in der Richtung der

Arbeitsbeschaffung

gemacht, wobei es dann tatsächlich gelungen ist, im Wege einer Arbeitsanleihe zwei Milliarden für Arbeitsbeschaffung aufzubringen und die in diesen Rahmen fallenden Arbeiten die vierzig-Stundenwoche einzugliedern, wodurch die Wiederbeschäftigung vieler Tausender von Arbeitern ermöglicht wurde.

Die Arbeitslosenziffer ist um ein Drittel gesenkt!

Man wolle sich doch vor Augen halten, was es bedeutet, daß unsere offizielle Arbeitslosenziffer noch im Februar d. J. 920.182 betrug, während Ende Oktober 627.121 Arbeitslose registriert werden, was eine Senkung der Arbeitslosenziffer um ein ganzes Drittel bedeutet. Was würde man im benachbarten Deutschland damit hermachen, wenn man dort mit einer ein ganzes Drittel betragenden Arbeitslosenziffer aufmarschieren könnte! Wir aber wissen, daß die kommenden Monate leider einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit bringen werden und haben daher innerhalb der Regierung alle Kräfte eingesetzt, um möglichst rasche und ausgiebige

wirtschaftliche Gesundheits- und Hilfsmaßnahmen

vorzuleben, eine möglichst baldige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und damit eine endliche, wenigstens teilweise Wiederbelebung des Exportes zu erreichen, der das Schicksalsproblem unseres Staates und seiner Arbeiterklasse bildet. Dabei sind wir bemüht, im Rahmen der von der Regierung angebahnten weiteren Maßnahmen, wie es

die Sicherung besserer Kreditmöglichkeiten, die Herbeiführung einer weiteren Preis- und Zinssenkung, die Ermöglichung einer Lockerung des Geldmarktes, die Reaclung des Arbeitsmarktes, die Einführung der vierzig-Stundenwoche

aufbau der Wirtschaft und die schnellste und ansehnlichste Wirtshaft und die schnellste und umschwebendste Vinderung des Notstandes der arbeitenden Schichten herbeigeführt wird. Je eher uns dies gelingt, um so rascher wird es möglich sein, dem Faschismus den Boden abzugraben und damit eine der größten Gefahren für den Staat und die Arbeiterklasse zu bannen.

Was die deutsche sozialdemokratische Partei nach dieser Richtung unternommen konnte, ist unter Aufgebot aller Kräfte, mit der größten Hingabe und Opferfreudigkeit geschehen. Wäre dies nicht der Fall gewesen, ständen wir schon heute vor den schwersten sozialen Eruptionen mit schier unausdenkbaren Auswirkungen.

Selbstverständlich ist sich die Partei dabei noch immer der Unzulänglichkeit der getroffenen Maßnahmen in vollstem Maße bewußt.

Leider mußte die Arbeiterchaft gerade in letzter Zeit gewisse Restriktionen empfindlicher Art über sich ergehen lassen. Als einziger Staat Europas haben wir in den ersten drei Jahren unserer Mitregierung die soziale Befreiung und die sozialen Errungenschaften der Arbeiter nicht nur aufrecht zu halten, sondern auch auszugestalten vermocht.

Die Arbeitslosenfürsorge wurde im Jahre 1930 ausgiebig verbessert, der Staatszuschuß zur gewerkschaftlichen Unterstützung verdreifacht, für gewisse Arbeiterkategorien sogar verdreifacht, die Unterstützungsdauer verdoppelt, eine dreizehnwöchige Krisenfürsorge eingeführt, die produktive Arbeitslosenfürsorge ins Leben gerufen, der Bau von 40.000 proletarischen Wohnungen ermöglicht, die Jugendfürsorge-Einrichtungen ausgebaut, Jugendheimstätten ins Leben gerufen, eine Zentralfürsorge für die arbeitende Jugend ausgebaut, ein Gesetz für Berufskrankheiten endlich verabschiedet, weitläufige Ernährungs- und Hilfsaktionen für Arbeitslose organisiert.

Dieser Aufbau der Sozialpolitik wurde durch die damalige günstige Lage der staatlichen Finanzen ermöglicht. Ende des Jahres 1932 ist aber die Zahl der Arbeitslosen und damit der Aufwand für die Arbeitslosenfürsorge ungeheuer gewachsen, wogegen sich die Staatseinnahmen infolge der ganz außerordentlichen Schrumpfung der Industrie und der gesamten Wirtschaft gewaltig vermindert haben.

Der erste Durchbruch im restriktiven Sinne

war die neue Arbeitslosennotelle, die zwar die Höhe des staatlichen Zuschusses senkte, die Unterstützungsdauer und Krisenfürsorge jedoch aufrecht hielt, wobei sich der staatliche Zuschuß noch immer im Rahmen der Notelle des Jahres 1930 bewegt und die Leistungen des von der jetzigen Regierung im Jahre 1929 übernommenen Gesetzes übersteigt. Allerdings hat die durch die Krise herbeigeführte Verflechterung der Lage der Center Arbeitslosenfürsorge materielle Rückwirkungen mit sich gebracht, die für die Arbeitslosen ganz außerordentlich fühlbar sind. Wie sehr aber die Vertrauensmänner der Partei und Gewerkschaften ihre Pflicht erfüllt und wie tapfer sie die Interessen

**Das Schlußwort des Außenministers
Entschiedenenes Eintreten für das Asylrecht
der deutschen Flüchtlinge**

Prag, 8. November. In seinem gestrigen Schlußwort zur außenpolitischen Debatte, das erst heute ausgegeben wurde, quittierte Ministerminister Dr. Benes dankend die Zustimmung der Koalitionäre zur Fortsetzung der bisherigen Friedenspolitik.

Er betonte nochmals, daß unser Staat mit allen unseren Nachbarn und speziell auch mit Deutschland ein gutes Verhältnis haben wolle. Für Ereignisse, wie der Umsturz in Deutschland, müsse man ein psychologisches Verständnis aufbringen, aber auf der anderen Seite müsse man auch die Situation des übrigen Europa berücksichtigen; auch wir wollen natürlich, daß unsere politischen Grundzüge, unsere Auffassung berücksichtigt wird, die wir als Demokraten über den Staat und seine Sendung haben. Auch an anderer Stelle betonte Benes neuerdings, daß wir korrekt vorgehen werden, dafür aber umso entschiedener und kategorischer auf der anderen Seite Korrektheit verlangen können.

In wirtschaftlicher Beziehung erklärte Benes, daß das nächste Jahr für die Republik schon einen wirtschaftlichen Versuch bringen müsse, aus den Schwierigkeiten herauszukommen, die wir heute auf landwirtschaftlicher, wie auf industrieller Seite haben.

Auf die Feststellungen einzelner Redner bezüglich der deutschen Radio- und Pressepropaganda erklärte der Minister, daß unsere Behörden sich nun systematisch mit dieser Frage befassen und sich um eine Besserung bemühen werden. Das beziehe sich nicht nur auf den einen Nachbar, sondern auch auf Ungarn.

Nach einer langen Auseinandersetzung über das Problem des Völkerbundes trat Benes in sehr anerkenntnisvoller Weise für das Asylrecht ein. Es werde in Zukunft unser Stoß sein, wie es seit Jahrhunderten der Stoß der kultiviertesten Staaten der Welt gewesen ist, daß wir politischen

Flüchtlingen ein Asyl gewähren. Das sei nicht nur selbstverständlich für einen Staat, dessen Entstehung in hohem Maße durch die Emigration ermöglicht wurde, sondern es gehe auch aus den Grundgesetzen hervor, auf denen die ganze politische und rechtliche Struktur dieses Staates beruht.

Die Grundzüge des internationalen Asylrechtes müssen freilich auch von den anderen Staaten voll respektiert werden. Praktisch heißt das: Wenn es sich heute um die deutsche Emigration handelt, so will unser Staat nichts anderes tun, als was er für andere Emigrationen getan hat.

Er kann und wird nichts mehr und nichts weniger tun, als alle anderen Staaten der westeuropäischen Kultur praktisch getan haben und was heute durch die Grundzüge des internationalen Rechts geheiligt und respektiert ist.

Zum Problem Desterreich, das er nur flüchtig streifte, erklärte der Minister, daß heute 15 Jahre nach dem Krieg, wo die Wirtschaft alle Staaten erfaßt habe, das Argument der Friedensverträge als Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten schon nicht mehr gelte. Es sei schon Zeit, daß jeder Staat sich zu Bewußtsein bringe, daß er sich wirtschaftlich auf eigene Füße stellen muß.

In einer Polemik gegen einen kommunistischen Redner lehnte Benes die Behauptung, als ob in diesem Staate irgendwer für einen Präventivkrieg sei, als ganz gewöhnliche, unverantwortliche Behauptung ab.

Zum Schluß unterstrich Benes die Bedeutung der heutigen Feiern des 28. Oktober und namentlich der lokalen und spontanen Beteiligung der deutschen Minderheit, die auch im Ausland gebührend gewertet wurde. Er glaubt, daß wir mit Ruhe der weiteren Entwicklung der Verhältnisse in Europa entgegensehen können und daß wir uns das, was wir haben und was uns gebührt, auch in Zukunft erhalten werden.

der arbeitenden Schichten wahrgenommen haben, das wird sofort klar, wenn wir uns vergegenwärtigen, welches fürchterliche Leid die Arbeiterschaft der anderen Länder zur gleichen Zeit über sich ergehen lassen mußten. Ein Bild der siebenmonatigen Wirksamkeit des österreichischen „autoritären Systems“ wird Ihnen dies sofort klarmachen. Dort wurde den Arbeitern die Zwangserschließung auditiert und sofort durch ein neunprozentiges Lohnkürzungsdiktat an den Bauarbeitern erprobt. Die Personalvertretung der Eisenbahn- und Postangestellten wurde abgeschafft und das alte gewerkschaftliche Grundrecht, das Streikrecht, wurde für öffentliche und lebenswichtige Betriebe beseitigt. Der Kollektivvertrag für Bankbeamte wurde ausgemerzt, eine Dienstordnung für Sozialversicherungsinstitute einfach dekretiert, die Bruderladenversicherung kurzerhand durch eine verächtliche Neuregelung ersetzt, das Gesetz über den Achtstundentag durch die verordnete Herabsetzung der Ueberstundenlöhne durchlöcher, das Vätergesetz demoliert, die vierwöchentliche Lohnzahlung im Bergbau einfach aufoktroiert. In der Arbeitslosenfürsorge wurde die Unterstützungsdauer von 30 auf 20 Wochen herabgesetzt, sowie die Unterstützungssätze und die Notstandshilfe empfindlich gekürzt, die Bedürftigkeitsprüfung zum allgemeinen Grundsatz erhoben. Alles dies auf Grund eines altösterreichischen kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes! So geriet ist das Ergebnis der Wirksamkeit eines siebenmonatigen „autoritären Regimes“, dessen Leistungen allerdings von den neuesten reichsdeutschen sozialpolitischen Großtaten noch überboten sind. Vergleichen wir mit alledem die Ergebnisse unserer Arbeit, dann wird man verstehen,

warum unsere Vertrauensmänner trotz aller Bitternisse, die der Krisennotstand auch unserer Arbeiterklasse brachte, an der heutigen Politik noch immer festhalten

und, so oft wir das Koalitionsproblem aufwerfen, sich immer darauf mit Einhelligkeit für das Verharren in der jetzigen, überaus schwierigen und verantwortungsvollen Position — selbst auf die Gefahr so unpopulärer Entscheidungen — entscheiden und weiter den Weg gehen sollen, der allein uns augenblicklich vor dem Mikäelid zu bewahren vermag, das die Arbeiterschaft der anderen Länder bereit erteilt hat.

Aber den Kampf, den wir führen, haben wir nicht bloß uns selbst wegen auf uns genommen.

Die Tschechoslowakei ist die letzte Zufluchtsstätte der Demokratie Mitteleuropas,

der letzte Punkt, in dem sich noch immer die sozialistischen Kräfte auswirken können, die sozialistische Mitarbeit betätigen kann.

Es wäre die größte Tragik, wenn auch dieses Land dem Faschismus überantwortet würde.

In unserer jetzigen Position erfüllen wir dabei eine internationale Pflicht, die uns

gemeinsam mit den tschechischen Genossen

obliegt. In diesem Zusammenhange empfinden wir das Bedürfnis, unserer nunigen Zusammenarbeit mit unseren tschechischen

Freunden zu gedenken, die die sicherste Gewähr für den schließlichen Sieg des Proletariats unseres Landes ist.

Diese Zusammenarbeit wollen wir immer mehr vertiefen und immer herzlicher gestalten und uns so gemeinsam als eine stolze Kampftruppe in die große internationale sozialistische Armee eingliedern.

Und nun noch

ein Wort an unsere Jugend.

Wir Älteren haben in den zurückliegenden Jahren, mehr als unsere Schuldigkeit getan. Wir denken selbstverständlich auch heute nicht daran, uns jetzt zur Ruhe zu setzen, solange unsere Pflicht voll besteht sind. Aber wir wollen, daß die Jugend schon jetzt das Gefühl in sich aufnimmt und von ihm erfüllt wird, daß nunmehr ihre Stunde gekommen ist und daß ihr in der bevorstehenden großen Auseinandersetzung zwischen dem Sozialismus und Faschismus eine gewaltige Aufgabe zufallen, für die sie sich geistig und seelisch rüsten muß. Wir Älteren haben unserer Bewegung unser bestes Können, die herrliche Tradition der Adlerischen Schule, den Kampfsgeist, die Hingabe und Opferfreudigkeit gegeben.

An der Jugend aber liegt es, die ganze Bewegung mit der Glut ihres inneren Feuers, mit ihrem Temperament und ihrer Leidenschaft und mit ihrer unbeugsamen Kampfschloffenheit zu erfüllen, ihr einen neuen Schwung zu geben, der sie im Kampfe unüberwindlich machen und gegen jeden Ansturm wappnen soll.

Das erwarten wir von unserer Jugend, die das begonnene Werk fortsetzen und vollenden und den Sozialismus ans Ziel bringen soll.

Appell an die Vertrauensmänner

Von Ihnen aber, von den Vertrauensmännern unserer Partei, verlangen wir in erster Linie Geduld und immer wieder Geduld. Die Entwicklung verläuft wellenförmig. Sie bringt uns neben großen Erfolgen vielfach auch schwere Rückschläge, die uns nicht aus dem Geleise werfen dürfen. Wir verlangen von unseren Vertrauensmännern, daß sie in den harten Kämpfen, die uns bevorstehen, keinen Augenblick verlieren, sich ausschließlich der Aufbauarbeit und dem Kampfe widmen, nur an die Zukunft und an die kommenden Aufgaben und nur an diese zu denken. Wir verlangen von unseren Vertrauensmännern aber auch den unzerstörbaren Glauben an unsere Sache und an den Sieg des Sozialismus. Die ganze Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung beweist uns, daß keine Macht der Erde den Sozialismus zu bezwingen vermag und daß er in den schicksalsschweren Kämpfen, die er noch zu bestehen hat, siegen wird.

Werte Freunde! So groß auch die Aufgaben sind, die uns im Ringen um die Verwirklichung des Sozialismus gestellt sind, so müssen wir in diesem Augenblicke unseren ganzen Kampf, unsere ganze Arbeit auf einen einzigen Punkt stellen: Auf die Niederwerfung des Faschismus.

Die Niederwerfung des Faschismus kann nur das Werk der sozialistischen Arbeiterklasse sein. Ohne die Niederwerfung des Faschismus gibt es keinen Sieg des sozialistischen Proletariats.

**Das Doppelspiel der Klerikalen
Herr Dr. Luschka ist nur
in der Tschechoslowakei Demokrat!**

Prag, 7. November. In der gestrigen Debatte im Augenaussschuß hatte der christlichsoziale Sprecher Dr. Luschka die Annahme befohlen, die Rede des Genossen Taub über die furchtbaren Zustände in Deutschland als einen „parlamentarischen Wutausbruch“ zu bezeichnen.

Gen. de Witte verwahrte sich daraufhin in schärfster Form gegen diese unglaubliche Unterstellung, die augenscheinlich der Wut des Herrn Dr. Luschka darüber entsprang, daß Taub auch eine Kritik der österreichischen Klerikalen mit ihrem Herrn Dollfuß an der Spitze gewagt hatte.

De Witte hielt dem Herrn Dr. Luschka vor, daß er doch gerade als Christ, dem die ethischen Grundzüge des Christentums noch im Gedächtnis sind, empört über das sein müßte, was sich in Deutschland ereignet. Gewisse mit dem Faschismus kollidierende Kreise pflegen jede aus deutschem Munde kommende Erklärung gegen die Methoden Hitlers als einen „Angriff gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes“ zu denunzieren. Es ist aber irrig, das deutsche Volk mit dem Salzkrenz gleichzuschalten. Heute dient man dem deutschen Namen und den wahren Menschheitsinteressen, wenn man gegen den barbarischen Ungeist in Deutschland protestiert!

Ausföhrlich beschäftigte sich dann Genosse de Witte mit dem faschistischen Kurs der österreichischen Christlichsozialen und mit dem Doppelspiel des Herrn Dollfuß. Der Angriff auf die österreichische Sozialdemokratie erfolgt zum Teil mit Unterstützung der Italiens, das ein von Arbeitern nicht gestütztes Operationsfeld braucht. Diese Ziele bedrohen den Frieden und deshalb war es notwendig, daß Taub dies alles mit Nachdruck vorgetragen hat!

Genosse de Witte hielt Herrn Dr. Luschka weiter vor, daß sein vorgetragenes Bekenntnis zur Demokratie einen schweren Fehler aufweise. „Hier in der Tschechoslowakei...“ hat Herr Dr. Luschka gesagt. Es gibt aber nur zwei Möglichkeiten: entweder man ist Demokrat oder man ist es nicht. Aber in der Tschechoslowakei für die Demokratie zu sein, weil man in der Minderheit ist, und in Oesterreich gegen sie, das gibt es nicht!

Im Munde eines deutschen Sozialdemokraten, erklärte Genosse de Witte abschließend, ist es keine Phrase, sondern die Feststellung einer Tatsache, wenn ich sage: wir wollen und werden die Demokratie und den demokratischen Staat gegen alle Feinde, mögen sie kommen, woher sie wollen, heute wie immer verteidigen!

**Was die „Landpost“ schreibt
und was Genosse Taub sagte**

In dem Berichte der „Landpost“ über die Deutschland-Debatte im Augenaussschuß, der am Mittwoch, den 8. November an erster Stelle des Hauptblattes des Bundes der Landwirte erschien, heißt es auf der ersten Spalte, letzter Absatz: „Der deutsche Sozialdemokrat Taub erklärt, so sehr er die Ausführungen des Außenministers gut heiße, stehe er doch auf dem Standpunkt, daß der Minister in seinen wirtschaftlichen Erörterungen nicht als Sozialist, sondern als Minister des Außern der Tschechoslowakischen Republik gesprochen habe“. Dazu setzt man in Klammern: „Als ob das nicht eine Selbstverständlichkeit wäre! Die Redaktion.“

Die „Landpost“ behauptet also, daß Genosse Taub in bedauerndem oder tadelndem Tone festgestellt habe, daß Minister Dr. Benes, als Außenminister, nicht aber als Sozialist gesprochen habe. Damit will man offenbar den Genossen Taub eine schlechte Note als Politiker erteilen, der nicht wisse, daß ein Außenminister den Staat und nicht die Partei zu vertreten habe. Aber die „Landpost“ scheint das nicht ganz unabsichtlich zu tun, denn selbst dann, wenn ihr Berichterstatter während der Rede des Genossen Taub geschlafen haben sollte, müßte man in der Redaktion der „Landpost“ wissen, daß eine so läppische Denkart wohl bei einem Landbändler, nicht aber bei Genossen Taub vorauszusetzen sei. Denn in Wirklichkeit antwortete Genosse Taub lediglich auf einen Angriff des Nationaldemokraten Dr. Sahn, der dem Außenminister den Vorwurf gemacht hatte, daß dieser mehr als Parteimann als Staatsmann spreche, als er sagte: „Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Außenminister nicht als Parteimann, sondern so gesprochen habe wie jeder Minister, der sich nicht den heftigsten Angriffen aussetzen wolle, sprechen müßte, wer immer auch auf diesem Posten stünde.“ Die Wahrheit widerlegt also nicht nur die „Landpost“, sondern qualifiziert sie gleichzeitig, so daß wir uns ein weiteres Kommentar ersparen können.

SA-Leute an der Grenze verhaftet

Die tschechoslowakische Grenzwaiche in Eichelberg hielt ein reichsdeutsches Personauto an, worin mehrere reichsdeutsche Nationalsozialisten in Uniform saßen. Wie die „N. Z. M.“ berichten, wurden die Ansassen verhaftet und von der Gendarmereistation in Liebenstein dem Kreisgericht in Eger eingeliefert.

Arthur Schallert
Der Reigen
 Lektüreabgabe, statt Kc 207.50
 nur Kc 70.—
 Georg H. Traub
Der Reigen
 17 Lithographien in Mappe,
 nur Kc 60.—
 Buch und Mappe zusammen nur Kc 120.—. Ein Jeweil
 für jeden Bücherfreund
Zentralstelle für das Bildungswesen,
 Prag II., Nekázanka 18.

Politiker die Versammlung. Genosse Josef Sudl sprach über die schulpolitische Lage und Dozent Genosse Dr. P. F. Hoda, Prag, über die demokratische Schule. In ihren dreistündigen Ausführungen zeigten sie den Weg auf, den die Lehrerschaft betreten muß, soll nicht Schule und

Stand in der ernstesten Weise gefährdet werden. Fachlehrer Rohm dankte den Rednern unter lebhaftem Beifall der Teilnehmer für ihre Darlegungen. Zum Schluß wurde noch einstimmig die endliche Verstaatlichung der deutschen pädagogischen Akademie gefordert.

Wir führen die Staatsangestellten!

Eine abschließende Antwort an die Exekutive der öffentlichen Angestellten

Die Organisationen der öffentlichen Angestellten bei den koalitierten Parteien haben an die Exekutive der öffentlichen Angestellten ein Schreiben geschickt, das sich mit den dunklen Bestrebungen dieser Exekutive auseinandersetzt und ein vernichtendes Urteil über ihre Methoden enthält. Wir entnehmen dem Schreiben folgende Stellen:

An die Exekutive der öffentlichen Angestellten in Prag.

Kollegen!
 Wir stimmen mit Ihnen vollkommen überein, soweit sie die Härte und Einseitigkeit nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch der früheren Personalparmaßnahmen rügen. Uns trennt also nicht die Beurteilung dieser Maßnahme und ihre Tragweite, es trennt uns aber — und zwar sehr tief — das Bewußtsein für die Verantwortlichkeit und der Begriff der gegenseitigen Loyalität.

Bei allen bisherigen Verhandlungen über Sparmaßnahmen wurden Ihnen, die Sie als Sprecher aller öffentlichen Angestellten aufgetreten sind, die volle Möglichkeit der Aktionen sowohl bei der Regierung, als auch in den Massen gewährt.

Das Ergebnis war ein großer Anlauf, der mit einem vollständigen Versagen und der Ausschaltung der Staatsangestelltenorganisationen von den vorgängigen Verhandlungen mit der Regierung und schließlich mit der Entscheidung über die Staatsangestellten ohne Staatsangestellte endete.

In der Besorgnis, daß auch im heurigen Jahre Ihr Vorgehen zu ähnlichen Folgen führen würde, haben wir uns entschlossen, die parteipolitischen Differenzen zu überwinden und haben eine Grundlage für das solidarische Vorgehen aller Staatsangestelltenzentralen der koalitierten Parteien geschaffen, deren Organisationen der öffentlichen Angestellten wenigstens zwei Drittel aller Staatsangestellten repräsentieren. Das Ergebnis war, daß wir direkte Verhandlungen der Organisation mit der Regierung erzielt haben; bei diesen Verhandlungen gelang es uns, einige der beantragten Sparmaßnahmen auf eine ganz andere sozial gerechtere und erträglichere Grundlage zu verschieben.

Alle diese Verhandlungen haben wir unter voller persönlicher und organisatorischer Verantwortlichkeit geführt, wie die veröffentlichten Namen der Mitglieder unserer Arbeitskommission bezeugen, welche Funktionäre unserer Gewerkschaftszentralen sind.

Wir können mit Ihrer Auffassung nicht übereinstimmen, daß es möglich ist, durch un-

politische Zusammenfassung der Staatsangestellten eine andere Abwehrfront zu bilden, als sie die Staatsangestelltenorganisationen bei den koalitierten politischen Parteien bilden. Die Ereignisse der letzten Monate überzeugen uns, daß bei einigen führenden Faktoren der Exekutiven Bestrebungen zur Bildung einer neuen politischen Partei bestehen, die diesen Einzelpersonen zur Erlangung eines parlamentarischen Mandates dienen solle, auf deren Träger sie heute ihre Angriffe richten.

Wenn auch uns die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Regierung nicht befriedigen, durch die den öffentlichen Angestellten neue Opfer auferlegt werden, und wenn wir trotzdem einen gewissen Erfolg unserer Verhandlungen behaupten, so ergibt sich das alles aus unserer tiefen Überzeugung, daß es gerade für die Staatsangestellten ein Gebot der Stunde ist, auch um den Preis schwerer Opfer die republikanischen und demokratischen Grundlagen unseres Staates erhalten zu sehen.

Aus Ihrem Vorgehen in den letzten Wochen deduzieren wir, daß auch Sie zu den Schlußfolgerungen kommen, zu welchen wir gelangt sind. Ihr, der Regierung gemachtes Angebot auf lineare Gehaltskürzung, das früher vorgelegt wurde, als wir unsere gemeinsamen Verhandlungen aufnahmen, ist dafür ein Beweis.

Wir wollen uns einer Erweiterung der Vereinbarung über das gemeinsame Vorgehen in Zukunft niemanden gegenüber verschließen, allerdings unter der Voraussetzung, daß wir es mit Faktoren zu tun haben, die immer eine positive Einstellung zu den demokratischen Grundlagen unserer Republik einnehmen und die auch den Mut haben werden, diese Verantwortung zu übernehmen.

Wir sind überzeugt, daß die Staatsangestelltenöffentlichkeit unser Vorgehen versteht und billigt.

Das bestätigen auch Sie, wenn Sie sich in Ihrem vertraulichen Rundschreiben darüber beschweren, daß Ihre Aktionsgruppen in der Provinz wegen der absoluten Interesslosigkeit keine Versammlungen einberufen können und daß Sie aus dem gleichen Grunde die Einstellung der Reichszeitung „Exekutiva“ in Erwägung ziehen müssen.

Diese Erscheinungen sind ein Beweis, daß Sie die Legitimation dazu, sich offen als einzige Sprecher der Staatsangestellten zu erklären, nicht besitzen und daß es hoch an der Zeit war, daß wir die Initiative in den Schiedsfragen der Staats- und öffentlichen Angestellten in unsere Hände genommen haben.

Ermächtigungsgesetz vorgelegt

Unveränderte Verlängerung bis 30. Juni 1934

Prag, 8. November. Im Parlament wurde heute die angekündigte Verlängerung des mit 15. November ablaufenden wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes eingebracht und dem Verfassungsausschuß zur Beratung zugewiesen.

Die Vorlage setzt im Artikel I fest, daß die im § 1 des Gesetzes 95/1933 festgesetzte Dauer der außerordentlichen Verordnungsgewalt bis um 30. Juni 1934 verlängert wird.

Der Artikel II hatte in der ursprünglichen Fassung besagt, daß die näheren Einzelheiten derartiger Notverordnungen auch nach Ablauf der Ermächtigung durch Regierungsverordnung geregelt werden können. Diese Fassung wurde in oppositionellen Kreisen vielfach als unbegrenzte zeitliche Verlängerung der Ermächtigung angesehen, trotzdem im Motivenbericht ausdrücklich erklärt wird, daß an dem sachlichen Inhalt der außerordentlichen Verordnungsgewalt sowie an dem bisherigen Text des Ermächtigungsgesetzes nichts geändert werden und der Artikel II lediglich die gesetzliche Grundlage dazu bieten soll, zur Regelung von Details der Notverordnungen ebensolche Durchführungsverordnungen herauszugeben, wie sie zur Durchführung von Gesetzen erlassen zu werden pflegen.

Für die oppositionelle Presse schien schon wieder einmal eine willkommene Gelegenheit gekommen zu sein, um darzutun, daß die Regierung in versterkter Form nichts anderes als eine unbegrenzte Verlängerung der Ermächtigung plane. „Leider“ machte der Verfassungsausschuß am Nachmittag einen biden Strich durch diese zumeist schon geschriebenen oppositionellen Empörungsaussprüche, indem er den Artikel II derart umstilisierte, daß nun auch der gewichtigste Jurist darin kein Haar mehr finden kann. Der Artikel wird nunmehr lauten:
 „Zur Durchführung und im Rahmen von

Verordnungen auf Grund des Artikels I des Gesetzes 95/1933 können Durchführungsverordnungen (§§ 55 und 84 der Verfassungsartikeln) erlassen werden.“

Das heißt also nichts anderes, als daß die Regierung wie bei jedem Gesetz nun auch bei den Notverordnungen die notwendigen Durchführungsbestimmungen im Wege der Verordnung erlassen kann und nicht schon jedes Detail selbst enthalten sein muß. Derartige Durchführungsbestimmungen werden ja fast zu jedem wichtigeren Gesetz von der Regierung erlassen; sie unterliegen gegebenenfalls hinsichtlich ihrer Gesetzlichkeit der meritorischen Nachprüfung durch die Gerichte.

Die ursprünglich im Artikel II gleichfalls enthaltene Strafbestimmung, daß nämlich Übertretung oder Durchführungsverordnung zu einer Notverordnung nach § 4 des Ermächtigungsgesetzes bestraft werden, aus verfassungsrechtlichen Bedenken überhaupt gestrichen.

Die Vorlage soll nach Artikel III am 16. November d. J. in Kraft treten; sie ist von allen Mitgliedern der Regierung durchzuführen.

Die heutige Parlaments Sitzung diente hauptsächlich der Auslegung des Ermächtigungsgesetzes. Im Plenum selbst wurden nur Reserate über einige minder wichtige Wirtschaftsverträge erstattet.

In der morgigen Parlaments Sitzung, die für 11 Uhr angesetzt ist, wird das Ermächtigungsgesetz sowie die Vorlage über den Zahlungsausschub für Staatsangestellte verhandelt werden. Dann tritt in den Verhandlungen des Plenums eine längere Pause ein, die durch die am Freitag einsetzenden Verhandlungen des Subgremiums über den Staatsvoranschlag ausgefüllt sein wird.

New-Yorks neuer Bürgermeister

Bezahlte Gangster im Wahlkampf

New-York, 8. November. Bei den gestrigen New-Yorker Bürgermeisterwahlen standen drei Kandidaten im Felde:
 1. der bisherige Bürgermeister O'Brien, der Kandidat von Tammany-Hall, der demokratischen Parteiorganisation der Stadt New York.
 2. Major La Guardia, der italienischer Abstammung ist und von der sogenannten Recovery Party aufgestellt war; diese neue Partei setzte sich aus den offiziellen Republikanern und einer starken Gruppe von Demokraten zusammen, die der Tammany-Organisation feindlich gegenüberstehen;
 3. der unabhängige Demokrat Josef McKe.

La Guardia wurde gewählt. Damit ist Tammany-Hall zum ersten Male seit 20 Jahren geschlagen worden. Das Stimmenverhältnis der einzelnen Kandidaten ist folgendes: La Guardia 543.218, McKe 392.502 und O'Brien 385.371.

Bei der Wahl kam es zu Ordnungswidrigkeiten und einigen ersten Zusammenstößen, bei denen die feindlichen Gruppen der Gangster einander mit Messern, Dolchen und Revolvern angriffen. Einige Gangster wurden verhaftet.

Militäraufstand in Kuba niedergeworfen

Paris, 8. November. Die letzten Nachrichten über den neuen Militäraufstand auf Kuba besagen, daß die Regierung des Präsidenten Grau San Martin wieder Herr der Lage ist. Die beständige Schlacht entbrannte auf dem Flugplatz, wo 12 Personen getötet und 50 Personen verletzt wurden. Die Fliegeroffiziere versandten früh an alle Befehlsstellen Kubas Depeschen mit der dringenden Aufforderung, sich ihnen anzuschließen. Als aber die regierungstreuen Truppen die Oberhand gewannen, ließen die noch unentschiedenen Garnisonen von jedem Widerstand ab.

Reli fürs Konzentrationslager

Berlin, 8. November. Der Breslauer Erzbischof Kardinal Vertram veröffentlicht zur Volksabstimmung am 12. November eine bedeutsame Kundgebung, in der es u. a. heißt: Aus weiten Kreisen des katholischen Volkes ist in den letzten beiden Wochen an die Oberhirten der Kirche die Frage gestellt worden, ob es das Episkopat für gut befände, bezüglich der dem Volke zu empfehlenden Haltung in der Volksabstimmung eine Erklärung kundzugeben. Soweit es sich um die rein politische Seite dieser Abstimmung und insbesondere um die Reichstagswahl handelt, bleibt die Beurteilung dem gewissenhaften freien Ermessen der Wahlberechtigten überlassen. Soweit die Sittenspflicht der treuen Sorge um die Zukunft von Volk und Vaterland, insbesondere in der Zielsetzung zum „Aufruf an das deutsche Volk“ in Betracht kommt, gilt gleichfalls der Grundsatz gewissenhafter Übung der Abstimmungs-freiheit.

Getarnte Hakenkreuzformation aufgelöst

Saarbrücken, 8. November. Die Regierungskommission hat den Notring der NSDAP aufgelöst. Diese Auflösung wird sämtlichen Zeitungen des Saargebietes in einer Auflagenachricht mitgeteilt.

Als Begründung wird angegeben, daß der Notring nicht dem Zweck der Unterstützung armer und minderbemittelter Volksgenossen diene. Ferner habe der Notring keine den anerkannten Grundsätzen sozialer Fürsorge entsprechende Verwendung der aufkommenen Mittel nachgewiesen. Dagegen sind die Mitgliederbeiträge nach Abzug der Verwaltungskosten in ihrer Gesamtheit der Kasse der politischen Partei zugeführt worden.

Oberregierungsrat Kloppenburg wurde zum Vertreter des aufgelösten Notringes ernannt. Für Zuwiderhandlungen gegen die Auflösungsverordnung werden Gefängnisstrafen angedroht.

Verbot einer Hakenkreuzzeitung im Saarland

Saarbrücken, 8. November. Die Regierungskommission hat die nationalsozialistische Zeitung „Saarfront“ auf die höchstzulässige Dauer von acht Wochen verboten.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Freitag.

Prag 10.10: Schallplatten, 11.00: Schulfunk, 15.40: Student und Studentin, 17.00: Ondricek-Quartett, 18.30: Deutsche Sendung: Prof. Zilber: Martin Luther, 19.25: Duetto von Mendelssohn, 20.30: Die Flucht von der Insel Elba. — Bräun 12.30: Mittagssong, 15.40: Frauenfunk, 18.25: Deutsche Sendung. — Kofka: 19.10: Orchesterkonzert. — Wien 15.30: Kinderstunde, 15.55: Lieber und Duetto, 16.30: Frauenstunde, 19.00: Klavier-vorträge, 20.30: Wiener Musik. — Frankfurt 22.45: Unterhaltungsmusik. — Heilsberg 18.25: Bläsermusik, Leipzig 21.30: Nachtmusik.

Für die demokratische Schule

Samstag, den 4., und Sonntag, den 5. November, veranstalteten die deutschen sozialdemokratischen Lehrer eine Sautagung, die als ein voller Erfolg bezeichnet werden kann. Diese Tagung fand in einem Gebiete statt, in dem die Positionen der sozialdemokratischen Lehrer sehr schwach waren. Durch diese Veranstaltung wurde die Stellung der Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer organisatorisch gestärkt, eine Reihe neuer Mitglieder sind der beste Ausdruck dafür. Damit ist die Grundlage geschaffen für den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Lehrerschaft der Bezirke Komotau, Brüx, Březník, Saaz und Roßau zu einem eigenen Gau, um die weitere Agitations- und Werbearbeit erfolgreich zu gestalten.

Die Tagung am Samstag fand im Hotel Scherber statt und war von 25 sozialdemokratischen Lehrern und Lehrerinnen besucht. Zutritt hatten nur Mitglieder der Organisation. Abg. Genosse Grünzner gab einen ausführlichen Bericht über den Stand der Verhandlungen in der Gehaltsfrage. In der lebhaften Aussprache wurden eine Reihe von Anträgen und Anregungen zur Vertretung bei den weiteren Verhandlungen gegeben. Anschließend wurde in nahezu dreistündiger Aussprache, an der sich fast alle anwesenden Mitglieder beteiligten, über die Organisation und ihre nächsten Aufgaben verhandelt. Charakteristisch daraus ist, daß mehrmals der Gedanke unterstrichen wurde, die sozialdemokratischen Lehrer müssen auch an ihrer Arbeit in den neutralen Lehrerorganisationen als Sozialdemokraten erkennbar sein. In diesem Gegenstande wurde eine Entscheidung angenommen:

Die gegenwärtige schulpolitische Lage ist gekennzeichnet durch die Maßnahmen des demokratischen Staates zur Sicherung der Freiheit und des Fortschrittes. Die deutsche sozialdemokratische Lehrerschaft erklärt in aller Offenheit, daß sie die Notwendigkeit dieser Maßnahmen erkennt. Die Verantwortung für die Folgen in diesem Kampfe tragen aber jene, welche sie verursacht haben, die in Wort und Schrift sich zu den barbarischen Methoden des reichsdeutschen Faschismus bekannnten und ihn auch für uns ersuchten.

Die sozialdemokratische Lehrerschaft hat gewornt, die Folgen ausgezeigt, aber die Kollegen-schaft glaubte ihr nicht. Als in der Sitzung des parlamentarischen Kulturausschusses am 18. Jänner d. J. der Führer der nationalsozialistischen Lehrgemeinde, der Abg. Fachlehrer Simm erklärte, der größte Teil der judendeutschen Lehrerschaft stehe im Lager des Nationalsozialismus, wurde aus den Reihen der Lehrerschaft sein Wort des Widerspruches laut. Heute allerdings erkennen sie, daß dieser Weg falsch war. Die sozialdemokratische Lehrerschaft wurde ob ihrer politischen Einstellung beschimpft, verspottet und verachtet.

Eine große Schuld an dem Zustand, in dem sich ein nicht unbeträchtlicher Teil der judendeutschen Lehrerschaft gegenwärtig befindet, trägt die sogenannte neutrale Lehrerpresse, die es bis heute unterlassen hat, das wahre Gesicht des Nationalsozialismus zu zeigen. Das scheint auch nicht weiter verwunderlich, wenn man weiß, daß nicht wenige Lehrerschreiber jenen Parteien angehören, welche die Vernichtung der primitivsten Menschenseuche in Deutschland als „erfreuliche Entwicklung“ bezeichnen.

Die Aufgaben der judendeutschen Lehrerschaft sind: Bekenntnis zur Demokratie durch die Tat, Eingliederung in die Reihen jener, welchen demokratische Gesinnung ein inneres Bedürfnis und nicht äußerlicher Zwang ist, aufrichtige Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften des tschechischen Volkes.

Dieses Bekenntnis schließt auch die pädagogischen und didaktischen Aufgaben der judendeutschen Schule ein. Diese sind: Erziehung zur Völkerverständigung, Schärfung der Kritik, Erziehung zum persönlichen Verantwortungsgefühl in der Gemeinschaft und Erziehung zur Staatsgesinnung.

Indem sich die judendeutsche Lehrerschaft zu diesen Zielen bekennet, dient sie in der besten Weise ihrem eigenen Volke.

Die öffentliche Versammlung am Sonntag war von 40 Lehrern und Lehrerinnen besucht. Bei der geringen Zahl sozialdemokratischer Lehrer im Komotauer Bezirke ist dieses erste öffentliche Auftreten der Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer als voller Erfolg zu bezeichnen. Für die sozialdemokratische Bezirksorganisation begrüßte Senator Genosse Dr.

Dimitrow besiegt Goebbels

Die Bulgaren zu Unrecht in Haft / Helmer ist meineidig

Berlin, 8. November. Heute gab das Reichsgericht dem Reichsjustizminister Goebbels Gelegenheit, die Angeklagten mit Rot zu bewerfen und das Braunbuch zu „widerlegen“. Aus diesem Anlasse hatte man auch Dimitrow wieder zugelassen.

Obzwar der Vorsitzende erklärte, daß das Braunbuch seiner Widerlegung mehr bedürfe, da es „bereits gekennzeichnet“ sei, beschäftigte sich Goebbels im ersten Teil seiner Ausführungen nur mit dieser Anklageschrift gegen die wahren Brandstifter.

Goebbels behauptet, die Anwesenheit sämtlicher Reichsminister am Abend des Brandtages sei ein Zufall gewesen, die führenden Leute der NSDAP hätten sich immer zu Wochenanfang getroffen, um die politische Linie festzulegen. Dies ist nun unrichtig, wovon man sich aus dem Vernehmungsprotokoll der einzelnen Parteiführer überzeugen könnte. Das Gericht hat jedoch darauf verzichtet.

Ein Ull!

Vom Reichstagsbrand habe er durch einen Telefonanruf Hanfstaengl in seiner Wohnung erfahren, als Hitler gerade bei ihm zu Besuch gewesen sei. Er habe die Mitteilung Hanfstaengls zunächst für eine Retourkutsche auf einen Ull gehalten, den er acht Tage vorher mit ihm veranstaltet habe — man sieht, was für Sorgen die Herren hatten! — schließlich verständigte er aber nach einem zweiten Anruf doch den „Führer“. Der sei natürlich ebenfalls „erstaunt“ gewesen wie er und beide haben sich zum Reichstag begeben. Dort trafen sie Goering, der ihnen von der Verhaftung des Lubbe erzählte. Goebbels habe die bekannte Keuferei Hitlers über die Schuld der Kommunisten gehört. „Hier blutet die Situation sich aus“, habe der „Führer“ u. a. gesagt. Die Meinung, daß die Kommunisten die Brandstifter waren, sei ganz einheitlich gewesen, denn nur sie haben bei einem Gelingen des Attentats einen Vorteil haben können. Der Versuch des Braunbuchs, die Schuldigen anderswo zu suchen, sei ein alter kommunistischer Trick. Die Ueberfälle, die die Kommunisten früher auf die Nazis veranlaßt hätten, so sagt der Reichsjustizminister, hätten sie auch immer den anderen anlasten wollen. Er verweist auf Horst Wessel, den man nicht als Nationalsozialisten, sondern als Zuhälter bezeichnet habe — woraus sich für die Kenner der Verhältnisse nur die Tatsache bestätigt, daß der Herr des Brandstifters eben ein nationalsozialistischer Zuhälter gewesen ist.

Er sei überzeugt, daß bei einem Gelingen des Attentats die Attentäter als große Helden der kommunistischen Bewegung ausposaunt worden wären; was wiederum stimmt nur mit dem kleinen Unterschied, daß die Helden nicht der NSDAP, sondern der KPD angehören. Das Attentat ist ja ausgeklügelt gelungen und die NSDAP hat den Nutzen davon. — Goebbels sagt, daß in der Frage des Reichstagsbrandes im Kabinett niemals Differenzen bestanden. Die Behauptung, daß der Plan, den Reichstag anzuzünden, in seinem, Goebbels, Kopfe entstanden sei, sei ein Beweis für die „Phantasielosigkeit“ der Verfasser des Braunbuchs. — Wozu zu sagen ist, daß zu dieser Feststellung nicht viel Phantasie gehörte; denn die anderen Mittel zur Vernichtung der KPD, die man Goebbels ergebnislos nicht angetraut hat, wurden ja eingesetzt: die Opfer der Nazi-Grusel wissen ein Lied davon zu singen.

Der „Nutzen“ für die KPD

Nun verbreitet sich Goebbels über die Tettermächtigkeit der Kommunisten und die Rolle Torglers. Der persönliche Terror, die Vernichtung des politischen Gegners sei ein Programmpunkt der kommunistischen Bewegung gewesen. Torgler habe nur den Wiederemann gespielt, in Wirklichkeit sei er einer der ärgsten und gefährlichsten Peyer gewesen. Diese Niederträchtigkeit gegen Torgler verstärkt Goebbels noch dadurch, daß er dem Angeklagten persönliche Feindschaft vorwirft. Daß Torgler über die Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ in positivem Sinne zu verstehen sei, sei belanglos. Entscheidend sei die Wirkung.

Die groteske Annahme, daß den Kommunisten der Reichstagsbrand nützlich gewesen sei, stellt der Reichsjustizminister durch folgende Sätze dar: „Wenn ich mich in die Mentalität eines Kommunisten verjense, muß ich sofort zu dem Schluß kommen: Geben wir den Nationalsozialisten die Möglichkeit, in den Sattel zu kommen, dann ist alles für uns aus. Es muß der kommunistischen Partei daran gelegen sein, vorher noch eine Möglichkeit auszuuschöpfen, die Dinge an sich zu reißen. Darüber sprachen die kommunistischen Funktionäre ganz offen auf den Straßen“.

Die Morde der Rechten

Nun erinnert Dimitrow den Goebbels daran, daß in Deutschland viele politische Morde begangen worden sind. Er nennt die Namen Lebedneff und Luxemburg, worauf sich Goebbels den „wichtigen“ Vorschlag erlaubt, mit Adam und Eva zu beginnen. Dimitrow läßt sich nicht irren machen und fährt fort:

„Weiß der Zeuge, daß deutsche Staatsmänner wie Rathenau und Erzberger von Kreisen der Rechten . . .“

Hier unterbricht der Vorsitzende wieder, um zu verhindern, daß die Mordtätigkeit der Rechten dargestellt werde.

Goebbels aber sieht eine billige Gelegenheit, sein polemisches Talent spielen zu lassen und weist darauf, daß die nationalsozialistische Bewegung damals noch eine ganz kleine Gruppe war. (Und verschweigt, daß die Fememörder von einst heute nationalsozialistische Polizeipräsidenten und andere Würdenträger sind.) Er, Goebbels, fürchte sich nicht vor Dimitrows Fragen. „Ich habe anderen Leuten Rede und Antwort gestanden als diesem kleinen kommunistischen Agitator.“ Das Wolff-Büro verzeichnet bei dieser Geschmacklosigkeit „Beifall im Zuhörerraum“.

Goebbels hinter Schopenhauer

Dimitrow: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß in Oesterreich und in der Tschechoslowakei Ihre Gesinnungsgenossen, die Nationalsozialisten, auch illegal arbeiten müssen, illegale Propaganda machen müssen und mit falschen diffamierten Adressen und diffamierter Korrespondenz?

Dr. Goebbels: Es scheint, daß Sie die nationalsozialistische Bewegung beleidigen wol-

Auch die SA hat gemordet!

Aber Dimitrow läßt den Dünner nicht aus. Dieser tapfere, einsame Dimitrow wird auch mit dem Polemiker Goebbels fertig, der sich für diesen Prozeß die Masse des Staatsmannes umgebunden und auf den Nord-Ton seiner Verleumdungsbreden verzichtet hat. Wie Dimitrow dem Goebbels eine Frage nach der anderen stellt und Goebbels zwingt, die Mordtätigkeit seiner braunen Banden zuzugeben, das ist selbst in der Darstellung des Wolff-Büros unübertroffen!

Dimitrow: Der Zeuge Minister Goebbels hat gesagt, daß so viele kommunistische Ueberfälle auf die Nationalsozialisten stattgefunden hätten. Gaben die Nationalsozialisten in dieser Zeit vor dem Januar 1933 nach seiner Meinung das Recht gehabt, sich bewaffnet gegen solche Ueberfälle zu verteidigen? (Lachen im Zuhörerraum.)

Dr. Goebbels: Die draußen in den roten Vororten saßen und ständig bedroht wurden, hätten doch Fiskusler in den Adern haben müssen oder sie müßten Selbstmordkandidaten gewesen sein, wenn sie sich nicht mit allen Mitteln dagegen zur Wehr gesetzt hätten.

Dimitrow: Haben sich die Nationalsozialisten verteidigt?

Dr. Goebbels mit lauter Stimme: Selbstverständlich haben wir uns verteidigt!

Dimitrow, ebenfalls mit erhobener Stimme: Glauben Sie jetzt, daß auch die Kommunisten das Recht hatten, sich zu verteidigen?

Vorsitzender: Halt! Wenn Sie sich nicht anständig benehmen, Dimitrow, dann werden Sie allein wegen ihres Tones ausgeschlossen.

Goebbels schloß pathetisch und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Ausland seine jochlichen Ausführungen zur Kenntnis nehmen werde. Dem Manne wird gehoffen werden!

Der Berichterstatter trägt dann eine Auskunft des bulgarischen Justizministeriums über die Vorstrafen des Angeklagten Dimitrow vor. Dimitrow erklärt dazu: Alle diese Vorstrafen sind in meiner Abwesenheit ausgesprochen worden. Ich erkläre, daß ich bereit bin, nach Beendigung des jetzigen Prozesses nach Bulgarien zurückzukehren, um dort vor dem bulgarischen Gericht über meine ganze Tätigkeit: Rechtschaffenheit abzulegen und die volle Verantwortung dafür zu übernehmen.

Der Kellner Helmer wird widerlegt

Es werden dann die Zeugenvernehmungen über die Verhaftung der Bulgaren fortgesetzt. Der Kellner Köhler vom „Bayerhof“ erklärt, daß ihm Lubbe nicht bekannt sei. Der angeklagte van der Lubbe muß aufstehen und der Zeuge erklärt auch jetzt, daß das Gesicht ihm nicht ganz unbekannt sei, er könne aber überhaupt nicht sagen, daß er ihn etwa im Lokal gesehen habe. Oberreichsanwalt: Ist Ihnen bekannt, daß in der Gesellschaft niemals ein Mann gewesen ist, der eine gewisse Ähnlichkeit mit van der Lubbe hat? Zeuge: Nein!

Der nächste Zeuge ist der Kellner Gasmann vom „Bayerhof“. Vorsitzender: Haben Sie im Lokal einmal den Angeklagten van der Lubbe gesehen? Zeuge: Nein, diesen Mann habe ich nie im Lokal gesehen. Vorsitzender: Vor dem Untersuchungsrichter haben Sie das so bestimmt nicht gesagt.

Zeuge: Nachdem ich Lubbe gestern und heute nochmals gesehen habe, weiß ich ganz bestimmt, daß dieser Mann nicht bei uns gewesen sein kann. Popoff: Was haben auf Sie die Ausländer im „Bayerhof“ für einen Eindruck gemacht? Zeuge: Einen verdächtigen nicht, aber etwas geheimnisvoll, da sie sich immer sehr leise unterhielten. Dimitrow: Haben Sie in meiner Gesellschaft einen Mann mit einem feinen Gesicht und einem großen Haarhock gesehen? Zeuge: Ja, der war öfter

sen. Ich antworte Ihnen mit Schopenhauer: „Jeder Mann verdient, daß man ihn ansieht, aber er verdient nicht, daß man mit ihm redet!“

Vorsitzender: Diese Frage war überhaupt unzulässig.

Dies ist nicht tapfer, aber feige. Und ist ein herrlicher Sieg der kraftvollen, nach Wahrheit ringenden, mit der Schärfe seines Geistes und seinem stolzen Mute das Dunkel dieses Prozesses durchdringenden beiden Dimitrow.

Weshalb denn auch der Vorsitzende nervös wird und einen Beweisanspruch, den Dimitrow in diesem Zusammenhang stellen will, nicht zuläßt.

Torgler erklärt

Nun kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen Torgler und dem Goebbels, in der Torgler merkwürdigerweise nicht auf die Schlächtertätigkeit der von Goebbels beschlagnahmten Nordstürme der SA hinweist, die die physische Vernichtung des Gegners in mehr als einem Falle bewerkstelligten, sondern die Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“, zu erklären versucht.

Goebbels hat das billige Argument, daß mit dieser Darstellung Torglers die „100 Opfer dieser Parole“ nicht aus den Gräbern erweckt werden können.

da, er hatte auch kleine Hände. Dimitrow: Das war Jakobus Nofner. Der Zeuge Helmer ist ein großer Dichter!

Der Kellner Köhler erklärt mit Schlimmheit, daß van der Lubbe nicht im „Bayerhof“ war. Er habe ihn nie gesehen. Auch die Kellner Koch, Gehler und Winkel sowie der Geschäftsführer Rinkner vom „Bayerhof“ erklären, daß van der Lubbe nie im „Bayerhof“ gewesen sei.

Als letzter der Zeugen aus dem „Bayerhof“ sagt dann der Kellner Reichbaum aus, er habe den Angeklagten van der Lubbe niemals gesehen.

Rechtsanwalt Dr. Teichert: Der Zeuge Helmer hat in der Voruntersuchung gesagt, er habe Lanow nur einmal gesehen, Reichbaum habe ihm aber erzählt, daß er Lanow schon öfter als Gast bedient habe.

Zeuge Reichbaum: Das möchte ich widerlegen, das habe ich Helmer nicht gesagt.

Die Bulgaren sind also zu Unrecht in Haft und mit ihnen Torgler. Warum werden sie nicht in Freiheit gesetzt? Warum stellt Dr. Teichert keinen Haftentlassungsantrag? Warum wird Helmer nicht wegen Meineids verhaftet?

Hitler will wieder nach Genf

Paris, 8. November. Der römische Korrespondent des „Welt Parisien“ meldet zu dem Aufenthalt des Ministerpräsidenten Goering in Rom: Der Besuch Goerings sei über Anregung Deutschlands erfolgt und nicht von Mussolini veranlaßt worden. Es wird angedeutet, daß Deutschland einen Weg suche, um durch Vermittlung Italiens zur internationalen Zusammenarbeit zurückzukehren.

Das tägliche Todesurteil

Berlin, 8. November. (Wolff.) Im Bälpl-Kommunistenprozeß wurde der Lokomotivführer Legner aus Bälpl wegen Mordes zum Tode verurteilt. Dem Prozeß lag die Schießerei am Neujahrsmorgen 1932 in Bälpl zugrunde, bei der ein SA-Mann Barneberg erschossen wurde.

Die Arbeiter sagen „Nein!“

Die SPD zu den Hitler-„Wahlen“

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sig. Prag, erläßt zur Wahl am 12. November folgende Erklärung:

Unter der scheinheiligen und unwahren Angabe, es handele sich um Frieden und Gleichberechtigung, wird das deutsche Volk am 12. November zur Wahlurne kommandiert. Frieden und Gleichberechtigung will in Deutschland jeder. Um das zu wissen, ist eine Volksbefragung nicht nötig.

Angeblickt ist das deutsche Volk nie so einig gewesen wie jetzt. Der Marxismus ist totgesagt. Parteien und Parlamentarismus sind abgeschafft. Wozu also Reichstagswahl, wozu Volksbefragung, wenn alle Entscheidungen nur vom Führer ohne das Volk getroffen werden?

Nicht Frieden und Gleichberechtigung, sondern Krieg und Aufrüstung ist das Ziel Hitlers. Neun Monate haben genügt, Deutschland in völlige außenpolitische Vereinsamung, das Volk in tiefstes Elend zu stürzen. Der Wirtschaft droht Zusammenbruch und Inflation. Schon grölzt es im Volke, Enttäuschung und Verzweiflung greifen um sich. Außenpolitische Konflikte sollen die inneren Sorgen verdecken, die rebellierenden Kräfte niederhalten.

Die Wahl ist ein schamloser Be-

Der König von Afghanistan ermordet

London, 8. November. (Reuter.) Der Gesandte von Afghanistan hat heute abends die Nachricht erhalten, daß der König von Afghanistan Mohammed Nadir Chan heute morgen ermordet worden ist. Der Sohn des ermordeten Königs ist heute nachmittags zum König ausgerufen worden.

Mißtrauensantrag gegen die englische Regierung

London, 8. November. (Reuter.) Der Exekutivausschuß der Arbeiterpartei beschloß einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung wegen ihrer Politik in der Abrüstungsangelegenheit vorzulegen. Ueber den Antrag wird Montag abgestimmt werden. Zum Führer der Arbeiterpartei wurde Lansbury einstimmig wiedergewählt.

Reimwehr sprengt Schumy-Versammlung

Wien, 8. September. Der Ständebund für Handel und Gewerbe, eine Organisation der nationalständischen Front, hatte für gestern eine Versammlung in den IX. Bezirk einberufen, in welcher der frühere Vizekanzler Schumy sprechen sollte. Nach einigen Worten des Einberufers, der sich gegen faschistische Experimente ausdrückte, besaßen zahlreiche Heimwehrleute, die sich in die Versammlung einschlichen hatten, Urube zu stiften. Im nächsten Augenblick herrschte eine regelrechte Salschacht. Obwohl es schließlich gelang, die Heimwehrleute aus dem Saal zu drängen, erklärte der Regierungsvertreter die Versammlung für aufgelöst. Doktor Schumy begab sich in Begleitung des früheren Vizekanzlers Winkler noch gestern abends zum Bundeskanzler Dr. Dollfuß, um bei ihm Beschwerde zu führen.

Ein Nazi-Oral verhaftet

Wien, 7. November. Auf seiner Besichtigung bei Unter-Döberdorf wurden gestern Graf Leo Hardegg und sein Chauffeur Bayer wegen nationalsozialistischer Betätigung verhaftet. Die Verhafteten wurden nach Wien eskortiert.

Braunes Haus beschlagnahmt

Wien, 8. November. Die Wiener Polizeidirektion hat das nationalsozialistische Braune Haus im VI. Wiener Bezirk samt dem ganzen Inventar beschlagnahmt.

Der Wiener Monarchistenführer begnadigt

Wien, 8. November. Der Bundespräsident hat dem Vorsitzenden der schwarz-gelben Legitimisten, dem Obersten Gustav Wolf, die Rechtsfolgen seiner kürzlichen Verurteilung wegen Hochverrats, welches Deliktes sich Wolf in einigen Versammlungen und in der Presse durch seine Angriffe gegen die republikanische Staatsform schuldig machte, im Gnadenwege nachgegeben. Durch diese Entscheidung wird Oberst Wolf vor allem die militärische Würde und auch die Pension wieder zurückgegeben.

Oesterreichische Kommunisten verhaftet

Linz, 8. November. Die Linzer Polizeidirektion setzte gestern vormittag überraschend mit einer Razzia gegen frühere führende Kommunisten ein. Es wurden insgesamt 20 Personen verhaftet.

trug. Niemals hat es in der Welt eine schlimmere Vergewaltigung eines Volkes gegeben. Kein Wähler darf einer abweichenden Ueberzeugung Ausdruck geben. Andersdenkende werden als Landesverräter gebrandmarkt, mit Achtung und Ausschluß aus der deutschen Volksgemeinschaft bedroht. Im Dritten Reich gibt es keine Bürger, sondern nur rechtlose Untertanen. Das auch jetzt noch geltende Strafgesetz bedroht Wahlbeeinflussung und Wahlfälschung mit Zuchthaus. Verschärfende Strafen werden Amtspersonen angedroht. Trotzdem wird unter der Führung der Minister überall schamlose Wahlbeeinflussung betrieben.

Ungeachtet aller Drohungen sind viele deutsche Männer und Frauen fest entschlossen, der blutrünstigen Diktatur eines Hitler und Goering durch ihr „Nein“ entgegenzutreten. Keine Drohung, keine Vergewaltigung werden sie zwingen können, gegen ihre innere Ueberzeugung zu stimmen, Hitler und Goering die Vorbereitung eines neuen Völkermordes zu ermöglichen.

Dank und Anerkennung allen diesen Treuen! Sie allein sind die wahren Kämpfer für Frieden und Gleichberechtigung. Ihnen gehört die Zukunft des deutschen Volkes, trotz alledem!

Deutschlands Friedensrüstung

„Si pax para bellum“, dieses alte abgegriffene Sprichwort eroberungslüsterner Herrscher hat jetzt Hitler wieder zu Ehren gebracht. Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg! Der deutsche Reichskanzler kann sich nicht genug tun mit Friedensversicherungen. Und im gleichen Augenblick, in dem er immer wieder das Wort „Frieden“ ausspricht, werden in einem Land und auf seinen Befehl hin wieder ein paar Liser neuen Giftgases, wieder eine neue Bakterienkultur, wieder ein paar Traktoren, leicht zu Tanks umzubauen, und wieder einige „Sport“flugzeuge hergestellt.

Seit vielen Wochen schon wird in Berlin in der General-Pape-Strasse mit Hochdruck an der Ausarbeitung der Stammtrossen gearbeitet, werden neue angelegt und fleißig Militärpässe ausgeschrieben. Dabei soll, wie von durchaus zuverlässiger Seite verlautet, ebenfalls die Rassenfrage eine Rolle spielen. Nichtarier werden nicht in die Stammtrosse aufgenommen. Den jüdischen Reservoffizieren werden die Militärpässe entzogen und der Rang aberkannt.

Gerade an dem Tag, an dem der Reichskanzler Hitler die Weltöffentlichkeit mit den Gründen für den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund bekanntmachte und in seiner Rede wieder wie schon so oft ausdrücklich seinen und seiner Mitarbeiter Friedenswillen betonte, wurden vom Deutschen Offiziersbund, offensichtlich auf höhere Befehl, Schreiben an ehemalige aktive Offiziere verfaßt, in denen die Adressaten dringend eruchtet werden, sich ehestens den SA, SS oder Stahlhelm-Formationen zwecks „Beihilfung am Aufklärungs- und Wehrdienst“ zur Verfügung zu stellen. Ins verständliche Deutsch übersetzt heißt das: die ehemals aktiven Offiziere sollen umgehend zu einer Militärlübung einrücken.

In einigen Garnisonen im Reich ist man bereits weitergegangen. Da wurden schon die Reservoffiziere (Juden nicht) ganz öffentlich zu Übungen „eingeladen“. Die Tarnung ist denkbar ungeheuer. Denn jeder weiß, wenn er von einem Standaarbeführer eine Einladung zur Teilnahme an einer zehntägigen Geländeübung bekommt, was es geschloffen hat.

Sind es bis jetzt nur die Offiziere, so werden es in kürzester Zeit die Unteroffiziere sein. Mannschaften braucht man nicht besonders zu kommandieren. Erstens sind in den nationalsozialistischen Formationen allein fast eineinhalb Millionen beisammen und zweitens werden die Kerls geholt, wenn man sie braucht und haben zu gehorchen.

Der Austritt aus dem Völkerbund, das ist in den wenigen Tagen schon jedem klar geworden, wurde von Deutschland deshalb vollzogen, weil man sich vor der Rüstungskontrolle gefürchtet hat. Die Einwände, daß der Verfall der Luftstrategie für die Jugend, in der der Redner betont, daß man vielleicht sehr bald junge deutsche Soldaten der Luft brauchen wird, da gibt es eine Stunde Wehrausbildung der deutschen Jugend, da eine andere über „Giftgasverteidigung und Giftgasabwehr“. Es geht es nun jeden Tag, und inzwischen arbeiten die deutschen Rüstungsfabriken, die es nach dem Verfall der Vertrag eigentlich nicht geben darf, mit Hochdruck in den chemischen Laboratorien werden neue furchtbare Gase erfunden, Bakterien gezüchtet, in den Maschinenfabriken Tanks und Flugzeuge gebaut, Geschützte gegossen und Gewehre gemacht.

Und während überall feierhaft an der Herstellung von Kriegsmaterial gearbeitet wird, fliegen die schönen Friedensworte des Reichskanzlers Hitler in den Aether hinaus. Herr Goebbels hat vor ein paar Tagen in einer Rede beachtende Worte gefunden: „Deutschland will ruhen, um den Frieden zu sichern!“

Ganz offensichtlich werden die Rüstungsbestrebungen jetzt schon im Rundfunk, Tagtäglich kann man neuerdings Vorträge hören die darauf abzielen, das Volk auf den Krieg vorzubereiten. Da gibt es eine Stunde der Luftstrategie für die Jugend, in der der Redner betont, daß man vielleicht sehr bald junge deutsche Soldaten der Luft brauchen wird, da gibt es eine Stunde Wehrausbildung der deutschen Jugend, da eine andere über „Giftgasverteidigung und Giftgasabwehr“. Es geht es nun jeden Tag, und inzwischen arbeiten die deutschen Rüstungsfabriken, die es nach dem Verfall der Vertrag eigentlich nicht geben darf, mit Hochdruck in den chemischen Laboratorien werden neue furchtbare Gase erfunden, Bakterien gezüchtet, in den Maschinenfabriken Tanks und Flugzeuge gebaut, Geschützte gegossen und Gewehre gemacht.

Und während überall feierhaft an der Herstellung von Kriegsmaterial gearbeitet wird, fliegen die schönen Friedensworte des Reichskanzlers Hitler in den Aether hinaus. Herr Goebbels hat vor ein paar Tagen in einer Rede beachtende Worte gefunden: „Deutschland will ruhen, um den Frieden zu sichern!“

Gehemnisvoller Doppelmord am Garten Gethsemane. Aus Jerusalem wird gemeldet: Am Fuße des Ölberges in der Nähe des Gartens Gethsemane hat am Freitagabend ein Mönch die Leiche der 23jährigen New Yorker Tänzerin Joan Winter und des indischen mohammedanischen Beamten Kirmani aus Sairabad aufgefunden. Wie sich herausstellte, ist Joan Winter deutschen Ursprungs und heißt in Wirklichkeit Karola von Niedergesäß. Beide Personen sind durch Schüsse ermordet worden. Wie festgestellt wurde, müssen die Schüsse aus nächster Nähe abgegeben worden sein. Der Mörder hat anscheinend noch mit dem Angreifer oder den Angreifern gerungen. Das Paar, das sich, wie man annimmt, in Athen getroffen hat, ist am Sonntag an Bord des Dampfers „Wien“ in Jerusalem angekommen, wo es in einem mittleren Hotel Aufenthalt nahm.

Das Ende der Prohibition. Nord- und Süd-Carolina haben gegen die Aufhebung der Prohibition gestimmt. Die Staaten Pennsylvania, Ohio und Utah stimmten für die Aufhebung. Die Stimme des Staates Utah entschied demnach für das Ende der Prohibition.



„Ich möchte bitte Giftgas für meine Frontsoldaten.“ „Le Rire“

„Deutschland, erwache aus der Hitler-Hypnose!“ Hitler-Leute klagen an!

Das Mitglied der NSDAP, Wilhelm Gehr, Danzig, hat eine Denkschrift „Politische Ungenauigkeiten“ veröffentlicht und diese dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister, dem Wirtschaftsminister, dem Ministerpräsidenten und etwa 100 führenden Personen der NSDAP zugestellt. Gehr ist wegen dieser Denkschrift am 2. September verhaftet, am 12. September — anscheinend auf Einpruch einflussreicher Stellen — wieder freigelassen worden. Seine Kritik an den Leistungen der Nationalsozialisten faßt er zusammen in dem Satz: „Für eine gute Regierung spricht die Tat, für eine schlechte Regierung muß der Propagandaminister sprechen!“

Aus der ziemlich umfangreichen Denkschrift seien folgende markante Äußerungen wiedergegeben:

„Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der nationalen Regierung sind nicht geeignet, die große Not des deutschen Volkes zu beseitigen.“
„Der Nationalsozialismus sucht deutsche Belange nach römischen Rezept zu regeln.“
„Ein Führer, der kopiert, ist kein Führer. In diesem Kopieren zeigt sich die Armseligkeit der nationalen Revolution.“

Zu den drei Säulen aus Hitlers Programm (Gemeinnutz geht vor Eigennutz, Verwirklichung der Volksgemeinschaft, Brechung der Zinsnechtheit) sagt Gehr: „In diesem Grundgesetz offenbart sich die ganze Unfähigkeit der nationalen Wirtschaftsführer. Sie beweisen damit, daß sie weder einen Weg aus der Krise zeigen können, noch imstande sind, logisch zu denken.“

Plagiat und Ahetorik ist das A und O des Nationalsozialismus, weiter nichts. Armes deutsches Volk, wo wirst du bei dieser unzulänglichen Regierung enden? ...

„Der Nationalsozialismus vertritt sich in die rassenpolitische Einseitigkeit, die sich bis zur Kehelei (Bücherverbrennung) steigerte.“
„Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, durch Gleichschaltung aller Organisationen den Massenlampen zu beenden.“
„Die Arbeitsbeschaffung ist eine Verlegenheitsarbeit. Eine Arbeitsbeschaffung auf Basis der Kreditverweigerung verpfälst das Volk und den Staat zu neuen Tributlasten. Es ist der Weg in die Sklaverei und nicht in die Freiheit.“

Das Volk wird hierdurch an den Kapitalismus verkauft ...

Ueber die Aufblähung des Verwaltungskörpers: „Die nationale Regierung hat hier keinen Wandel geschaffen.“

Dadurch, daß jeder Parteifunktionär Anspruch auf die Staatsversorgung erhebt, sind Zustände eingerissen, die zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß geben.

Woher die Mittel genommen werden sollen, um die Aufblähung des unproduktiven Staatsapparates zu bezahlen, danach fragt niemand. Daß hierdurch die nationale Revolution sich selbst vernichtet, das scheint unseren Führern noch nicht klar zu sein.

„Der Nationalsozialismus als deutsche Arbeiterpartei hat keine Aufgaben und Pflichten diesem Volksteil (die Arbeiter) gegenüber nicht erfüllt, bis jetzt hat er nur den Belangen der nunniehenden Stände der Großkapitalisten und Intellektuellen Rechnung getragen.“

„Stiftung für Opfer der Arbeit? Soll hierdurch das Recht des Arbeiters auf pflichtgemäße Versorgung geschmälert werden, indem er zum Almosenempfänger des Großkapitals degradiert wird? Almosenverteilung ist Günst und Korruption.“

„Das Volk ist zuviel betrogen worden und läßt sich durch die Verlegenheitsexperimente der nationalen Regierung nicht mehr täuschen, es fählt bereits das Ende, das da kommen muß.“

Die nationale Regierung hat nicht das geringste getan, um das Masseneid zu lindern, alle Maßnahmen, die getroffen wurden, wurden zur Sicherung des besitzenden Standes getroffen ...

„Die Arbeitsbeschaffung scheint wohl in einem Riesensiasco zu enden. Es bleibt dann wohl nur der Bettel übrig. Hoffentlich existiert dann noch jemand, bei dem man Almosen empfangen kann.“

Zum Schluß heißt es: „Die wirtschaftliche und finanzpolitische Unfähigkeit der nationalen Regierung, die Entwicklung der Dinge vorauszu sehen, muß den Zusammenbruch des deutschen Volkes restlos besiegeln. Oder muß das Volk noch einmal ausgerufen werden, soll es noch einmal ruhen.“

Deutschland erwache, erwache aus der Hitlerhypnose.“

Belichte eines Irreführten

Unter dieser Marke schickt uns ein ebengerhelter Hitler-Anhänger aus Brunn unter voller Kenntnis seines Namens und seiner Adresse einen Brief, dessen wesentliche Stellen also lauten:

Jawohl, eines geistigen Anhängers des ursprünglichen Programms der NSDAP; eines in den Zustand der aufrichtigen Bewunderung Hitlers hypnotisierten Beobachters.

Nun, die Zeiten sind vorbei.

Die sechsmonatliche Bilanz des Hitlerregimes wirkte wie eine kalte Brause.

Anfangs schämte ich mich, meine Enttäuschung offen zu bekennen. Natürlich war ich ein Schafkopf in meiner Berechnung, daß sich der Hitlerstab aus den Krallen der Großausbeuter des deutschen Arbeitervolkes Thyssen, Krupp etc. entwinden wird. Wie lächerlich komme ich mir vor, wenn ich bedenke,

daß ich noch vor 4 Monaten meinen Jüngsten auf den Namen Adolf taufen ließ.

Ganz recht hatte meine Lebensgefährtin, als sie damals zu mir sagte: „Du wirst es noch erleben, wo sich deine hinterhältige Sympathie zum Hakenkreuz als purer Aberglaube bestätigen wird.“
Jawohl, ich hab's erlebt. Viele haben es erlebt. Das ganze Arbeitervolk in Deutschland hat es erlebt.

Das Programm des Hitlerstabes entlarvte sich als ein Roder, ein Mittel zum Zweck. Der Zweck wurde erreicht. Die Massen ließen sich fangen. Der sozialistische Volksstrategie Hitler sank zum Schöpfungshelden der Generale der Volksausbeuter herab. Aber auch der Paulus Feder wurde ein Saulus. Aus der vielbesprochenen „Gemeinwirtschaft“ ist eine ergemeine Volksberugungswirtschaft geworden. Die Zinsnechtheit wurde eher noch befestigt, als beseitigt, und aus dem ersten Punkt des sogenannten „Sofortprogramms“, — nämlich des Abgehens Deutschlands von der Goldwährung —, ist auch nichts geworden. Ganz richtig behauptete Eudendorff, daß dies auf Anweisung Herrn Funk, auf Anweisung von Papens und auf Anweisung Komms geschah.

Es fällt auch einem gewissen Anbeter des Hakenkreuzes nicht schwer, auf Grund von Tatsachen festzustellen, daß das jetzige System in Deutschland keine Regierung aus dem Volke ist und somit mit dem Lebensinteresse der Volksschichten beinahe gar nichts Gemeinschaftliches hat. Man braucht sich nur die Zusammenfassung des sogenannten „Generalwirtschaftsrate“ vor die Augen halten und man begreift alles. Die Hitlerbewegung sowie das jetzige Hitlerregime erblickten nur auf Wunsch der Hochfinanz und auf Grund des geheimen Daumenhaltens seitens der gesamten internationalen Kriegswirtschaft. Monopolisten das Licht der Welt. Der Antisemitismus und Antimarkxismus der Nazi ist bloß eine, mit einem gestutzten Schnurrbart verfehene arische Maske, welche die nichtarische Abstammung der Plebejellen des Nazismus, des Hitlerismus verdecken soll.

Die gegenwärtige Verhehung Deutschlands in eine Art tollen Kriegstaumel, in die Aera des

Panoptikum 1933.

Immer 'reinspaziert! Immer 'reinspaziert!
Hier sehen Sie Goering, den starken Mann,
Er nimmt, von Kopf bis Fuß isoliert,
Fortlaufend Kriegserklärungen an!

Immer 'reinspaziert! Immer 'reinspaziert!
Frühstückliches diplomatisches Treiben —
Der Herr Minister persönlich probiert
Das Einwerfen sämtlicher Fensterscheiben!

Immer 'reinspaziert! Immer 'reinspaziert!
Was Wilhelm konnte, kann Goering auch,
Er tritt, weil der Frieden zu wenig lädiert,
Dem ganzen Weltall gegen den Bauch.

Immer 'reinspaziert! Immer 'reinspaziert!
Heut schließen die Völker zwar noch mit Roten,
Da es Herrn Goering zur Zeit nicht pressiert —
Die Roten der Zukunft, sie werden zu Toten!

3 im.

preußischen Junkertums, des militärischen Drills, des stupiden Waffenglirs bei gleichzeitiger Friedensheuchelei, der vollstehenden Feste, kurz in die Aera anno 1914, dies alles führt zur unerschließbaren Erkenntnis, daß der Hitlerismus schon von Haus aus nur als Ladvogel, als Zauberflöte zur Anlockung, Hervorzauberung der Kriegskonjunktur seine Verwendung, seitens der Finanz- und Kriegsrüstungs-Magnaten, fand.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Hilfe tut not!

Wird auch im vierten Krisenwinter der Notschrei der Gutarbeiter im Neu-Titscheiner Bezirk angehört bleiben?

Aus Neu-Titschein wird uns geschrieben:

Um tausend mehr Arbeitslose als die Großstadt Brunn weist der Bezirk Neu-Titschein am 1. November l. J. aus. 11.813 Arbeitslose, welche unbeschreibliches Elend birgt diese Zahl, welche bittere Not ist da für die betroffenen Familien über den bevorstehenden Winter zu befürchten. Hier helfen keine Hinweise auf die Weltkrise und auf den Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems, hier muß geholfen werden, muß klar und unzweideutig gezeigt werden, daß man helfen will. Kommt dieser Wille und diese Absicht nicht zum Ausdruck, dann müssen alle Überlegungen und Bedenken zunächst werden. Und zu diesem Kapitel, zur praktischen, sichtbaren und möglichen Hilfe, für einen Teil dieser Arbeitslosen sei hier in aller Öffentlichkeit ein mahnendes Wort an jene Stellen gerichtet, in deren Macht es liegt, hier helfend einzugreifen.

In den drei Gutbetrieben Neu-Titscheins arbeiten in guten Zeiten fünf bis sechs tausend Menschen. Derzeit werden es noch knapp viertausend sein. Am 1. November waren davon 1140 arbeitslos gemeldet, im Bekleidungsarbeiterverband, Sitz Reichenberg, allein 500. Mit der Unterstützung ausgeteuert sind im vorgenannten Verbands derzeit rund hundert, im ganzen nach vorsichtiger Schätzung 200 Ausgeteuerte. Gegenwärtig werden von allen drei Betrieben mehr oder weniger deutlich größere Entlassungen angekündigt, in zwei Betrieben wurde deshalb schon dem Betriebsausschuß Mitteilung davon gemacht. Das hat zur Folge, daß im Jahresrückblick die Zahl der ausgeteuerten Gutarbeiter, wiederum nach vorsichtiger Schätzung, gegen 300, im Jänner-Jeher auf 400 bis 500 anwachsen wird.

Nun haben wir bekanntlich in unserem Staate eine ordentliche Schwächliche Arbeitslosenunterstützung und eine sogenannte Krisenunterstützung für weitere 13 Wochen, welche letztere nur fallweise für bestimmte Berufe oder Gebiete von den zuständigen Ministerien bewilligt wird. Diese Krisenunterstützung können nun die Gutarbeiter ungeachtet vielfacher Bemühungen nicht erhalten und die im Zentrum der Industrie, in Neu-Titschein lebenden Gutarbeiter sind die Hauptleidtragenden davon. Im Jänner dieses Jahres, bei den Massenentlassungen in den Gutbetrieben, haben alle in Veracht kommenden Faktoren die eingeleiteten Schritte des Bekleidungsarbeiterverbandes wegen Bewilligung der Krisenunterstützung befürwortet. Die zuständige Bezirksbehörde, das Gewerbeinspektorat Mähr. Ostrau haben sich bereit erklärt, das Ansuchen zu fördern und zu unterstützen. Wie bei früheren Gelegenheiten in der gleichen Sache wurde das Ansuchen vom Sozialministerium befürwortend weitergeleitet und dann verschwand es im Massengrab.

Wir fragen mit aller Überlegung, werden diese vier- bis fünfhundert ausgeteuerten Gutarbeiter, zu denen im übrigen Staatsgebiete schlimmstenfalls noch ebensovielen Bekleidungsarbeiter dazukommen, bogatellisiert oder ist das Elend, unter dem sie nun den vierten Krisenwinter leiden, nicht groß genug? Müßen es immer zehn- oder Hunderttausende sein, wenn Hilfsmahnahmen ernst und beschleunigt in Angriff genommen werden? Will man den Neu-Titscheiner Bezirk noch immer zu den „minderbedürftigsten“ und zu den „agrarischen“ zählen, wo die Zahl der Arbeitslosen größer ist, wie in manchen Großstädten? Soll weiter das so st. gehörte, beschämende, für die meisten Fälle gar nicht zutreffende Argument Geltung haben, daß es ja in Neu-Titschein eine Tabakfabrik gibt und die Gutarbeiter vom Lohne ihrer Frauen als Tabakarbeiterinnen leben?

Wir werden noch einmal versuchen und alles anwenden, damit das hier geübte öffentliche Unrecht an der Gutarbeiterschaft beseitigt wird.

Heute, den 9. November, um halb 8 Uhr abends findet im großen Saale des Volkshauses in Prag, Sybernská

einige gemeinsame Kundgebung der tschechoslowakischen und deutschen Sozialdemokratie statt

Gegen die faschistische Reaktion, für demokratischen Fortschritt, für den internationalen Sozialismus!

Spezialredner werden: Senatspräsident Dr. František Soukup und Landesvertreter Dr. Emil Strauß. Wer für Frieden, Freiheit und Fortschritt ist, erscheine!

PRAGER ZEITUNG.

Das die „Asien“. Versicherungs-A.-G. macht das Ansehen der Versicherungsangestellten und ihre geistlichen: Die nationalisierte Versicherungs-Gesellschaft „Union“ (früher „Provi-denz“ in Wien und „Leipziger Feuer“ in Prag), die sogar noch der eigenen letzten Jahresbilanz enorme Gewinne erzielte, hat ihren Ange-stellten nicht nur die Bezüge um 10 Prozent ge-lassen, sondern wir schon berichteten, sondern dar-über hinaus etwas getan, was im gesamten tschechoslowakischen Versicherungswe- sen ohne Bei-spiel dasteht. Sie will nämlich den am 15. Dezember fälligen sogen. Anschaffungsbeitrag nicht zu diesem Termin auszahlen, sondern sie hat verfügt, daß der herabgelegte Anschaffungs-beitrag im Jahre 1934 in Monatsraten ausge-zahlt wird. Dieser Beitrag, der einen wesent-lichen Bestandteil der Angestelltenbezüge über-haupt bildet, hat den Angestellten bisher ermög-licht, ihre Schulden zum Jahreschluss wenigstens zum Teil zu begleichen. Die Nichtauszahlung die-ses Beitrages, seine Herabsetzung und Aufteilung auf das ganze Jahr 1934 bedeutet, daß ein großer Teil der Angestellten außerstande sein wird, die Verpflichtungen zu erfüllen, daß gegen sie Exekutionen geführt werden und ein Teil von ihnen sogar gezwungen sein wird, Einrichtungen-gegenstände zu veräußern. Es ist daher begreiflich, daß der Zentralverband der Versicherungsange-stellten in der ČSM die Veranlassung öffent-licher Kundgebungen vorbereitet, auf deren gegen die Versicherungs-A.-G. vor der Öffentlichkeit Klage erhoben werden wird. Wenn die Versiche-rungsgesellschaften „Rinnone“ und „Continen-tale“ bis zu dieser Zeit von ihrem Diktator der 10prozentigen Gehaltskürzung ihrer Ange-stellten nicht den Rückzug antreten, dann werden wir auch gegen diese Gesellschaften in ähnlicher Weise öffentlich Klage erheben.

gar nicht aufkommen konnte, um so mehr, als der Angeklagte mit Absicht tschechisch gesprochen hat, offenbar, um von einer größeren Menge Ver-ständigen zu werden und somit etwaige sprachliche Mißverständnisse nicht aufkommen konnten. Er wurde dann auch schuldig erkannt und zu einer unbedingten Strafe von fünf Wochen strengen Arrestes verurteilt. rh.

Der Onkel Fabrikant, die Frau Nichts und die Krankenkasse.

Vertrag durch fingiertes Arbeitsverhältnis.
Prag, 8. November. Der Fabrikant Rudolf Aul aus Lieben und seine 30jährige Nichte, die geschiedene Neia Greif, standen heute unter Anklage des Betruges vor dem Senat Karls-ter. Der geschädigte Dritte ist die hiesige Be-zirkskrankenversicherungsanstalt. Im Jahre 1928 meldete der Herr Fabrikant seine Nichte als Näherin mit einem Wochenlohn von 150 Kr bei der Krankenversicherungsanstalt an. Kurz darauf meldete sich die Nichte krank, wurde anerkannt und genoss durch lange Monate nicht nur ärztliche Behandlung und Medikamente sondern bezog auch Krankengeld, wozummen 6673 Kr.

Die Sache hatte aber einen Haken. Es bestand nämlich gar kein Dienstverhältnis zwischen Onkel und Nichte, sondern die beiden hatten im gegenseitigen Einverständnis ein solches nur vorgekauft, um die Krankenkasse ruhen zu können, was ja auch trefflich gelang. In der Freude ihres Herzens rühmte sich die Greif noch verschiedenen Bekannten gegenüber, daß sie „die Krankenkasse schon hereingelegt habe“. So kam die Sache heraus und Onkel laut Nichte auf die Anklagebank. Die Sache war klar genug. Beide wurden schuldig befunden und zu je drei Monaten Kerker verurteilt. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der An-geklagten wurde ihnen eine dreijährige Be-währungsfrist zugestanden, in welcher Zeit sie auch den verursachten Schaden gut zu machen haben rh.

Kunst und Wissen

Festliche Kammermusik. Die Kammermusik ist neuentstehen beim Prager Konzertpublikum in Mode gekommen und erfreut sich der regsten Anteilnahme. In zwei auf einander folgenden Tagen zu Anfang dieser Woche fanden deutsche Kammermusikführungen vor ausverkauften Sälen statt. Das besondere Interesse des Publikums diesen beiden kammermusikalischen Veranstaltungen gegenüber aber wird begreiflich, wenn man erfährt, daß sie festliche Kammermusik im besten Sinne des Wortes zu bieten hatten: Musterprogramme in meisterhafter Wiedergabe. Am Sonntag vormittags spielte im Konzert des Prager Deutschen Kammer-musikvereines das neue Goldberg, Hindemith-Feuermann-Trio, am Mont-ag abends darauf im neuen Kinosaal des Volksbildungshauses „Urania“ das allberühmte Wie-ner Rosé-Quartett. Das neue Hindemith-Trio ist wohl als eine der vollkommensten Kammer-musikvereinigungen der Gegenwart zu werten; denn in ihr haben sich drei Solisten ganz großen künst-lerischen Formates zu gemeinsamer Kunsttat zu-sammengefunden: Simon Goldberg, der durch wunderbaren Ton ausgezeichnete und technisch blendende erste Geige und Konzertmeister der Ber-liner Philharmoniker, Emanuel Feuermann, der-tonnde Meistercellist, und Paul Hindemith, der heute bedeutendste Pratschist Mitteleuropas. Aber diese drei ersten Solisten sind nicht nur vorbild-liche Meister ihrer Instrumente, sondern bilden auch im Ensemble eine künstlerische Einheit von höch-ster Vollkommenheit in der Präzision des rhythmi-schen und dynamischen Vortrages sowie in der geist-igen und inhaltlichen Auffassung. Ihr Programm hatten sie der klassischen und modernen Musik ge-widmet. Es umfaßte das Es-Dur-Divertimento von Mozart, Beethovens selten gehörtes „Quett für Violine und Violoncello mit zwei obligaten Augengläsern“, des gleichen Klaviers C-moll-Trio und als Erstaufführung Paul Hinde-

mitz's neues Streichtrio, ein alle technische Meisterschaft in der Komposition und Freude am Rhythmus offenbarendes Werk des führenden deut-schen Neutromers — Das Rosé-Quartett, das in der „Urania“ spielte, zeigte sich in weißer Neu-bekleidung. Neben Arnold Rosé, dem heuer sieben-jährigen Begründer der nach ihm benannten welt-berühmten Kammermusikvereinigung, am ersten Geigenpult spielte diesmal Herr Fischer die zweite Violine, Max Handel die Bratsche und Buzbaum, der dem Quartett widergetehrte alte Weggefährte Rosés, das Cello. Auch in der neuen Zusammenlegung erwies sich das Rosé-Quartett als Kammermusikvereinigung allerersten Ranges, die vor allem durch die klassische Vornehmheit ihres Vortrages wirkt und durch die unbedingte Klarheit ihres Zusammenspiels. Freilich: an sinnlicher Schönheit des Tones und Leidenschaftlichkeit des Ausdruckes muß das neue Rosé-Quartett hinter anderen jüngeren Streichquartetten zurückstehen. Daß die Wiener Künstler ein rein klassisches Pro-gramm mitgebracht hatten, entsprach wohl der Tra-dition ihres Quartettes. Man hörte Mozarts köstliches Es-Dur-Quartett, Beethovens schwer-bläutiges, aus der letzten Schöpfungsperiode des Mei-sters stammendes Es-Dur-Quartett Opus 127 und Anton Dvořaks aus den amerikanischen Jahren des tschechischen Meisters stammendes sogenanntes „Nigger“-Quartett in Es-Dur. Die „Urania“ ist zu dieser ersten eigenen musikalischen Veranstaltung, die einen ebenso bedeutenden künstlerischen wie früheren Erfolg hatte, aufrichtig zu beglückwünschen. Aber wir gehen uns dabei der Hoffnung hin, daß es nicht nur beim verheißungsvollen Anfang bleiben möge, sondern daß wir nun regelmäßig derartiger musik-festlicher Abende teilhaftig werden könnten. C. A.

Der Bund der Bühnenangestellten hat gestern in einer Sitzung in Brünn Adolf Buchs-Prag zum Vorsitzenden an Stelle des aus-geschiedenen Dobmanns Wöhrer bestellt.
Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstags, halb 8 Uhr abends, Eulenspiegel-spiel des Theaters in der Josefstadt: „Die Gelei“. Ab-schieds-souper, mit Paula Wessely, Oskar Karlowitz, Hans Thimig (A. A.) — Freitag, 7 1/2 Uhr: Eulenspiegel-spiel des Theaters in der Josefstadt: „Ist Geraldine ein Engel?“ (A. A.) — Samstag, 7 Uhr: „Aida“ (V. I.).
Wochenplan der Kleinen Bühne. Donnerstags, 8 Uhr: „Alle; hopp!“ — Freitag, 8 Uhr: „Verzauberndes Fräulein.“ — Samstag, 8 Uhr: „Alle; hopp!“

Aus der Partei

Bezirksorganisation Prag der Deutschen sozial-demokratischen Arbeiterpartei. Am Montag, den 13. November, pünktlich 8 Uhr abends im Gemein-schaftshaus, blaues Zimmer, Sitzung der Be-zirksvertretung.

Charaktere.

1.
Herr Gerhart Pohl war Stammgast in den literarischen Cafés der deutschen Reichshauptstadt. Ein radikaler Aesthet, dem keine Formulierung genügend scharf, keine Bemerkung unbedingt genug erschien. Pohl war Kommunist, aber einer von jener verbündlichen Sorte, die es versteht, die Witterung auch nach anderen Richtungen der politi-schen Windrose nicht ganz zu verlieren. Als links am deutschen Rundfunk Trumpf war, gastierte der Radikale fast täglich am Berliner Mikrofon. Später, als die Tendenz sich langsam, aber gründ-lich papenisierte, war Herr Pohl merkwürdiger-weise auch noch da. Als die Barbarei in Deutsch-land ausbrach, sah Herr Pohl alle seine Felle weg-schwimmen; er verzweifelte an Gleichschaltungschancen und sah trübe in die behalengkreuzte Zu-kunft. Dann streckte er, ein zaghafter Revolutionär, seine bräunlichen Fühler vor. Und siehe da, es klappte: Aus Breslau wird gemeldet, daß die „Deutsche Bühne“ im Lohetheater „Auhhandel“, eine Komödie von Gerhart Pohl, zur Urauffüh-rung erworben hat! Der radikale Auhhändler von einst ist also glücklich bei den braunen Vorne-ndertalern gelandet. Die rettende Tantiemewelle des „Dritten Reiches“ hat ihn erfaßt. — Ein Charakter mit selbsteingebauter Rückföppelung in



Dr. Zibko Topalović, der Generalsekretär des Zentralsekretariates der Arbeiterkammern in Belgrad, wird heute abends im Sozialen Institut der ČSM, einen Vortrag über die „Wirtschaftliche und soziale Politik des heutigen Jugoslawien“ halten.

das Mittelalter. Wann wird sein erstes Forts-Wessel-Drama steigen — — — ?

2.
Der Rowohl-Verlag in Berlin zeigt eine exquisite Neuerscheinung an, das Balbo-Buch „Zugerschwärme über den Ozean“. Im Woch-schettel des gleichgeschalteten Verlages heißt es u. a.:

Italo Balbo, der berühmte Faschistenführer, der als Förderer der italienischen Luftschiffahrt, Welt-ruhm hat, In dieser Zeit, da das Inter-esse am Luftsport ein allgemeines geworden ist, muß das Buch von Balbo, das gleichzeitig ein wich-tiges Dokument und eine farbenfante Schilderung ist, bei der latenten freudigen deutschen Jugend begeisterten Anklang finden

Herr Rowohl, der hier in so unübertrefflich schlechtem, aber wotanlos gleichgeschaltetem Deutsch um die Gunst der latenten deutschen Jugend buhlt, hat sich früher als radikaler Demo-krat ausgegeben. Von den Nazis pflegte er nur im Tone höchster Verachtung zu sprechen, seine Abneigung gegen die Reaktionen aller Schattie-rungen war sein Stückenpferd. Herr Rowohl ver-legte unter anderem Kurt Tucholsky, einen Autor, an dem er viele Tausende verdient hat und dessen Namen er heute nicht mehr laut auszusprechen magt. — Ein Charakter!

Sozialistische Jugend, Prag Rote Falken, Prag

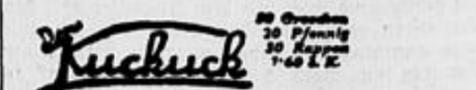
Alle Jugendlichen und Falken stellen sich Sonntag vormittags für die

Arbeitslosen-Hilfsaktion

Donnerstag, 9. November 1933 zur Verfügung. Die Richtlinien werden heute abends 7 Uhr im Zibkov-dum (Gartenhaal) bekanntgegeben.

Alle Genossinnen und Genossen sammeln bei ihren Bekannten bis Sonn-tag vormittags abgelegte oder zu klein gewordene Kleidungsstücke, Schuhe, Wäsche, Spielsachen und dergleichen und bereiten es zum Abholen vor!

Helfet alle, damit die Sammelaktion nächsten Sonntag erfolgreich ist!



Die größte illustrierte Wochenschrift erscheint jeden Sonntag überall erhältlich